#Bundestagswahl

Die Saison des festen Glaubens

derrechterand

Das Antifaschistische Magazin

Ausgabe 191 Juli / August 2021 31. Jahrgang 3,50 Euro

Inhalt und Editorial

Seite drei

»Antifaschismus – eine Selbstverständlichkeit« #Mir_lebn_ejbig **Seite 4**

Platz zwei für die AfD #Sachsen-Anhalt **Seite 6**

Vier weitere Jahre #Bundestagswahl **Seite 8**

(Wahl-)Kampfmodus #NPD **Seite 10**

Auf dem Weg zur Volkspartei #Thüringen **Seite 11**

»Völkisches Refugium« #DerQuestenbaum **Seite 12**

Vier Jahre Zäsur #Bundestag **Seite 14**

Let's talk about F... #Faschismus **Seite 16**

Der Bundestag als rechter Veranstaltungsort #Türöffner **Seite 18**

»Rote Linien ziehen« #Angriff **Seite 20**

Thüringer Landtag #Interview **Seite 22**

Kokain-Schmuggel, Körperverletzungen und Volksverhetzung #Machenschaften **Seite 24**

AfD & Corona: »Wir haben keine Pandemie« #180Grad **Seite 26**

Neue Basis für Pandemie-Leugner*innen #BewegungsPartei **Seite 28**

Erfolglose Partei der Corona-Leugner*innen #Wir2020 **Seite 29**

Meine Freiheit über alles #Corona **Seite 30**

Desiderius-Erasmus-Stiftung #KeinSteuergeld **Seite 32**

Ende ohne ersehnte Wende. Ein Abgesang #WertUnion **Seite 34**

kurz & bündig **Seite 36**

Rezensionen **Seite 38**

Das Titelbild zeigt die Protest-Demonstration gegen den Parteitag der AfD in Hannover. Photo by Mark Mühlhaus / attenzione

Liebe Leser*innen,

erschütterte Engagierte, blutige Böden, beschädigtes Inventar. Kurz nach dem organisierten Angriff von Neonazis auf den Kirmesverein in Ballstädt im Februar 2014 waren die Nachwirkungen spür- und sichtbar. Aus dem »Gelben Haus« der rechten Szene war der gewalttätige Übergriff auf die Vereinsmitglieder erfolgt, die auch beim Feiern sich von rechts distanzierten. Einer der Autoren des »der rechte rand« hielt wenige Zeit nach dem Angriff bei der kleinen Gemeinde in Thüringen einen Vortrag. Einige der Betroffenen stellten schon vor sieben Jahre die Frage, ob der Rechtsstaat endlich reagiert. Schnell und konsequent – an der Seite jener, die in der Provinz die humanistischen Werte und rechtsstaatlichen Normen vertreten und verteidigen?
Der Prozess in zweiter Instanz am Erfurter Landgericht offenbarte, was zuvor in ersten Instanz schon zu erleben war. In diesem »Fall«, wo Menschen zum Teil schwer verletzt worden waren, standen die Repräsentant*innen des Rechtsstaates nicht an der Seite der Betroffenen. Bereits vor Verhandlungsbeginn kam heraus, dass Staatsanwaltschaft und Gericht den elf angeklagten Neonazis Deals anbieten wollten. Sollten sie zugeben, beteiligt gewesen zu sein, würden ihre Haft- in Bewährungsstrafen umgewandelt werden. So wollte die Justiz die Neuauflage des Prozesses abkürzen und mit möglichst wenig Aufsehen ein selbstgeschaffenes Problem beenden. Diese Justiz-Farce spielten die Nebenklageanwält*innen nicht mit. Sie hielten keine Abschlussplädoyers. Bei der Urteilsverkündung beklagte sich die Richterin allerdings über die zivilgesellschaftliche Beobachtung, sprach von Angriffen auf die »richterliche Unabhängigkeit«. Dass in einem Rechtsstaat auch ein Gericht, auch die Staatsanwaltschaft nicht über dem Gesetz stehen, Kritik aushalten müssen, schien vergessen. Vergessen, wie die Tatsache, dass der Deal die Opfer erneut verletzt. Vergessen, wie das die Täter feiern werden. Nicht nur das Internationale Auschwitz-Komitee nennt das Urteil einen »Erfolg für die rechtsextreme Szene«, die den Kampf gegen Rechts konterkariert.
Von Wahlerfolg zu Wahlerfolg hat die »Alternative für Deutschland« die Anfeindungen im Bundestag, den Landtagen und den Stadt- und Gemeinderäten gegen Projekte gegen rechts forciert; Aktivist*innen angeprangert, versucht Gelder zu streichen. In dieser Auseinandersetzung fielen bei Repräsentant*innen staatlicher Institutionen immer wieder AfD-nahe Ressentiments und Positionen auf. Waren es einst »alte Nazis« in der Sicherheitsarchitektur, die den Opfern des Nationalsozialismus Rechte und Unterstützung verwehrten, sind es heute »Rechtsaffine« in diesen Architekturen, die jene Menschen, die gegen rechts aktiv sind, nicht nur alleine lassen, sondern auch angreifen. Die roten Linien gegen die rechtsradikale AfD haben aber eben genau diese Angefeindeten als erste markiert, durch Aktionen, Recherchen und Analysen – und nicht eine Staatsinstitution; erst der Druck bewegte sie.
Am 10. Juli verstarb Esther Bejarano. Die kleine Frau, die Auschwitz überlebte und so vielen große Kraft für den Kampf gegen rechts gab. Viel zu tun, nicht aufgeben – daran glaubte Esther. Sie wollte nach der Pandemie wieder auf die Bühne. Ihr Wunsch wird sich leider nicht mehr erfüllen.

#Vorstellungen

Warum verteidigen die Verantwortlichen nicht die Republik?

von Charles Paresse

Stellen wir uns einmal vor, wir wären Innenminister*in und Mitglied einer demokratischen Partei – egal welcher. Stellen wir uns vor, wir wären selbstverständlich nicht »linksradikal«, sondern bürgerliche Demokrat*innen, die auf der Grundlage des Grundgesetzes stehen und diesen Staat stützen und schützen. Stellen wir uns vor, wir würden die deutsche Geschichte genau kennen und wären uns, insbesondere aufgrund der Zeit zwischen 1933 und 1945, unserer immensen Verantwortung in der Gegenwart bewusst. Wir würden selbstverständlich seit Jahren die Berichterstattung der wichtigsten Presseerzeugnisse von konservativ bis liberal verfolgen, im öffentlich-rechtlichen Fernsehen historische Dokumentationen und die Berichte der politischen Magazine schauen – und auch nicht wegschalten, wenn es einmal um Neonazis oder die rechtsradikale »Alternative für Deutschland« (AfD) geht. Die Artikel und Berichte stehen zudem – wir sind ja Innenminister*in – in unserem täglichen Pressespiegel, den wir jeden Morgen aufmerksam studieren. Und stellen wir uns dann noch vor, wir würden die Berichte aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den Geheimdiensten der Länder nicht nur zur Kenntnis, sondern auch ernst nehmen – immerhin sind wir ja die jeweiligen Chef*innen.

Stellen wir uns darüberhinausgehend vor, wir würden zu irgendeinem Zeitpunkt – vielleicht im Frühsommer 2021 – vor die Presse treten und verkünden, dass die »Neue Rechte«, über die renommierte Wissenschaftler*innen und unermüdliche Antifaschist*innen seit Jahrzehnten schon alles Wichtige und Notwendige zusammengetragen haben, jetzt nun auch – hochoffiziell weil amtlich bestätigt – eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat darstellt. Und nicht nur das – stellen wir uns vor, dass wir uns inzwischen auch über die Gefährlichkeit diffuser und auf den ersten Blick abseitiger Bewegungen wie »Reichsbürger«, RechtsRocker, völkische Siedler*innen, »Querdenker*innen« und den »Flügel« der AfD im Klaren geworden sind. Weil wir um die Zustimmung bei Wahlen von bis zu 25 Prozent in einigen Bundesländern für die AfD, fundierte soziologische Einstellungsuntersuchungen mit erschreckenden Zustimmungswerten für rassistische, antisemitische und verschwörungsideologische Aussagen, die steigenden Zahlen von offiziell erfassten »Rechtsextremisten« wüssten und uns Warnungen aus der demokratischen Zivilgesellschaft zu Herzen nähmen. Außerdem – nur als völlig abwegige Idee – beunruhigte uns stark, dass seit etwa ein, zwei Jahren fast täglich neue Fälle bekannt werden, in denen Angehörige von Spezialeinheiten der Polizei und Elitesoldaten, aber auch einfache Beamt*innen rechtsradikale Chatgruppen betreiben, in denen geheime Infos weitergegeben oder für den »Ernstfall« mit gestohlener Munition trainiert werden sollen. Und stellen wir uns dann noch vor – aber das wäre ja eigentlich nur etwas für schlechte Filme – unser ehemaliger oberster Geheimdienst-Chef treibt sich in einem Milieu herum, das kaum mehr als demokratisch zu bezeichnen ist.

Was würden wir tun, wenn das alles wahr wäre und wir es wüssten? Würden wir ernsthaft darüber nachdenken, der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« ohne gesetzliche Grundlage – also: ohne Not und aus freien Stücken – jedes Jahr mehrere Millionen Euro hinterherzuwerfen? Im Wissen darum, dass selbst unser eigener Geheimdienst – der bekanntermaßen beim Blick nach Rechts den Kopf nicht dreht – vor der Partei warnt? Würden wir ein Gesetz, das großspurig als das »Wehrhafte-Demokratie-Gesetz« der Sozialdemokratie initiiert wurde – und in seiner jetzigen Fassung auch niemanden wehrhaft macht, aber immerhin – sehenden Auges scheitern lassen? Würden wir weiter und weiter jenen Forscher*innen Geld zukommen lassen, die seit Jahren die Gefahr von Rechts kleinreden oder leugnen? Würden wir unseren »Experten« des Geheimdienstes vertrauen, die in den 1990er Jahren zwar in der Lage gewesen wären, Neonazi-Mörder und ihre Strategien aufzudecken, aber lieber akademische Texte während der Dienstzeit schrieben? Würden wir uns allen Ernstes mit der Peinlichkeit entblößen, öffentlich darüber nachzudenken, »die Antifa« zu verbieten? Würden wir die historischen Parallelen, die uns bewusst sind, weiter ignorieren, dass es Konservative und Bürgerliche waren, die damals 1933 den Nazis den Weg zur Macht ebneten – und auch heute relevante Teile der CDU/CSU keine verlässliche Kraft gegen den Zugriff auf die Macht durch die AfD sind? Würden wir zuschauen, wenn die Bundeszentrale für politische Bildung angewiesen wird, die Definition von »Linksextremismus« eines Extremismus-Forschers noch einmal zu verschärfen, damit diese ordentlich antikommunistisch und geheimdiensttauglich ist? Würden wir – rein fiktiv – ein fundiertes Buch mit Recherchen über rechte Netzwerke im Sicherheitsapparat zurückhalten? Würden wir …?

Stellen wir uns einmal vor – ganz spekulativ natürlich –, wir würden ernst nehmen, was unser eigenes Amt aufgeschrieben hat. Und stellen wir uns vor, wir meinten es ernst mit der Verteidigung der Republik vor den Angriffen von »Extremisten«: Warum verbieten wir dann nicht die AfD? Warum lehnen wir die Förderung einer ihr nahestehenden Stiftung nicht einfach ab? Warum versetzen wir rechtsradikale Beamte nicht dorthin, wo sie nie wieder Einfluss mit und Freude an ihrer Arbeit haben? Warum fördern wir nicht konsequent und dauerhaft quer durchs Land die Initiativen, die durch ihre Arbeit das Grundgesetz verteidigen? Warum müssen wir überall »Linksextremismus« wittern, nur weil jemand gegen Rechts ist? Warum weisen wir die furchtbaren Jurist*innen, die unsägliche Deals mit Neonazis abschließen wollen, nicht an, es zu lassen? Warum verstehen wir nicht, dass unser kleinteiliges formales Bestehen auf eingeübten Wegen staatspolitischer Verantwortung und Abläufe irgendwann nicht mehr funktioniert, wenn die radikale Rechte – die auf solche Gepflogenheiten pfeift und bei erster Gelegenheit nach der Macht greifen wird – in der Stärke ist, real Einfluss auszuüben? Warum wissen wir nicht, dass entschiedene Schritte gegen die Bedrohung der Republik von Rechts dann zu spät sind, wenn die radikale Rechte die Macht übernommen hat? Warum sehen wir nicht, dass die Unterwanderung von Sicherheitsbehörden im Fall der Fälle ein reales Problem für einen demokratischen Staat darstellt? Warum haben wir – ganz blöd gefragt – aus der deutschen Geschichte nichts gelernt? Warum?

#Mir_lebn_ejbig

»Antifaschismus – eine Selbstverständlichkeit«

Am 10. Juli 2021 ist Esther Bejarano gestorben. Sie wurde 96 Jahre alt und war zeit ihres Lebens aktiv. In der Bundesrepublik dürfte Esther Bejarano eine der ältesten aktiven Antifaschist*innen gewesen sein. Die Musikerin überlebte das KZ Auschwitz-Birkenau und weitere Konzentrationslager, wanderte nach der Befreiung nach Palästina aus und zog 1960 wieder zurück nach Deutschland. Sie lebte in Hamburg, war Vorsitzende des Auschwitz-Komitees und Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Die junge Frau aus dem Mädchenorchester in Auschwitz stand Jahrzehnte auf der Bühne, auch mit Microphone Mafia. Bei Demonstrationen, Kundgebungen, Prozessen und Feiern ist Andreas Speit immer wieder Esther Bejarano begegnet, dieses Interview entstand Mitte Mai 2021.

drr: Du bist nicht zufällig Sängerin geworden? Im jüdischen Kulturbund hast du schon 1936 gesungen und gesteppt.

Esther Bejarano: Die Liebe zur Musik weckte mein Vater. Sie rettete mir mein Leben. In Auschwitz musste ich den Schlager »Du hast Glück bei den Frauen, Bel Ami« mit dem Akkordeon vorspielen. Ich hatte zuvor das Instrument noch nie gespielt. Mir gelang, das Lied zu spielen – sonst wäre ich elendig zugrunde gegangen.

Das Mädchenorchester in Auschwitz war eine zynische Idee?

Wenn die Arbeitskolonnen aus dem Lager marschierten und zurückkamen, standen wir am Tor und spielten. Später ließ sich die SS einfallen, dass wir spielen mussten, wenn neue Transporte aus ganz Europa auf besonderen Gleisen ankamen. Wir wussten: Diese Menschen aus den Zügen gehen sofort in die Gaskammer. Die Menschen winkten uns noch zu und dachten wohl, da, wo die Musik spielt, könne es nicht so schlimm sein.

Im KZ Ravensbrück überlebtest du die Zwangsarbeit im Siemenslager, bei einem Todesmarsch konntest du fliehen. Wann kam die Idee, mittels der Musik deine Geschichte zu erzählen, sie als politisches Mittel zu nutzen?

In den 1980er Jahren. Aber mein politisches Engagement begann früher. 1960 kam ich mit meiner Familie nach Deutschland zurück. Mein Mann wollte nicht mehr in den Krieg. Ich stimmte nur unter der Bedingung zu, zurückzukehren, wenn wir eine Stadt finden, wo meine Eltern und Geschwister nicht gelebt haben. Freunde empfahlen Hamburg. Mit der Rückkehr begann eine schwere Zeit, ich konnte mit den Menschen wenig anfangen.

Im Land der Täter*innen, die deine Eltern und eine Schwester ermordeten …

Ja, ich habe mich immer gefragt, was die Menschen in der Nazi-Zeit wohl gemacht haben. ich hatte kein Vertrauen zu ihnen. Die Situation änderte sich erst langsam, als ich deutsche Widerstandskämpfer kennenlernte. In meiner Boutique kamen wir langsam ins Gespräch. Die Leute wunderten sich, warum ich so gut Deutsch sprechen würde. Da erzählte ich ein wenig – aber nichts über Auschwitz, nichts über Ravensbrück. Meinem Mann und meinen Kindern erzählte ich auch nichts. Ich wollte sie nicht belasten.

Und dann kam es zu einer Auseinandersetzung. Du hast sie oft beschrieben.

Ich dachte tatsächlich damals, es gebe keine Nazis mehr, die öffentlich auftreten. Und dann waren sie nahe meiner Boutique. Nazis stellten einen Infostand auf. Ich ging da hin, sah, dass sie wieder die gleichen Lügen und die gleiche Hetze mit Schriften verbreiteten. Ich konnte es nicht fassen. Auch nicht, dass die Polizei massiv gegen die Gegendemonstranten vorging. Die hielten Transparente mit »Nie wieder Faschismus« und »Nie wieder Krieg« hoch. Die Polizei schützte die Nazis, schlug auf die Demonstranten ein. Ich habe mich wahnsinnig aufgeregt, habe einen Polizisten am Revers gepackt, der meinte, ich solle ihn loslassen, sonst würde er mich verhaften. ›Das könne er ruhig machen, ich habe Schlimmeres erlebt, ich war in Auschwitz‹, sagte ich ihm. Ein Nazi meinte dann, dass ›die Frau‹ verhaftet werden müsste, da nur Verbrecher in Lagern gewesen wären. Ich sagte mir damals, du musst rausgehen gegen die Lügen und den Hass, du musst erzählen, du musst den Jungen die Geschichte nahebringen, dass Nazis das Unglück waren – und sind.

Du singst, du erzählst – unermüdlich. Bist du nicht auch mal ermüdet?
Und gebe Interviews.

Ja, wie dieses.
Ich muss berichten und möchte das, auf der Straße und auf der Bühne. In Deutschland konnte ich anfänglich wegen der Kinder nicht in einem Opern-Chor mitwirken, später traten meine Tochter und mein Sohn und ich zusammen als Coincidence auf.

Mit Liedern aus dem Ghetto sowie jüdischen und antifaschistischen Liedern.
Du hast uns gesehen.

Des Öfteren habe ich auch deine Auftritte mit Microphone Mafia erleben können. Spürt ihr auf der Bühne, wie ihr ermutigt, nicht einzuknicken?
Das möchten wir doch auch. Mit Microphone Mafia bin ich seit zwölf Jahren unterwegs. Mit Rap erreichen wir jüngere Leute. Am Anfang erzähle ich aus meinen Leben. Die Band ist aber auch schon die Botschaft, wir kommen aus unterschiedlichen Religionen: Christ, Jude, Moslem. Wir wollen zeigen, dass alle Menschen miteinander Mensch sein können, wenn man menschlich ist. Und wir alle haben eben auch gemeinsam Ausgrenzungen erfahren – wie so viele Menschen, deren Eltern zum Aufbau nach Deutschland aus dem Ausland kamen oder Geflüchtete, die leben wollen.

Erinnern heißt für dich Eingreifen?
Natürlich: In Hamburg bemühen wir uns schon seit längerem, dass das Stadthaus, wo die Gestapo Menschen folterte und ermordete, ein angemessener Gedenkort wird. Mit dem damals schwarz-grünen Senat waren Vereinbarungen getroffen worden. Die Regierenden haben aber die Immobilie in private Hände gelegt und sich so der Verantwortung entzogen. Jetzt scheint sich die Skandalgeschichte unter einem rot-grünen Senat beim Dokumentationszentrum Hannoverscher Bahnhof fortzusetzen – wieder scheitern diese Private-Public-Partnership-Projekte.

In den vergangenen Jahren fanden mehre Prozesse gegen SS- und Wehrmachtsangehörige an der Elbe statt. Du hast das Verfahren gegen Bruno D. besucht. Warum?
Das Auschwitz-Komitee und die VVN haben den Prozess begleitet, ich habe als Vorsitzende und Mitglied den Protest unterstützen wollen. Dass der Mann seine Taten im KZ Stutthof abstritt, fand ich unmöglich, aber ich hatte auch nichts anderes erwartet.

Genug ist genug. Nach so vielen Jahren …
Die viel zu späten Verfahren hat die deutsche Justiz und Gesellschaft zu verantworten. Das nun als Argument gegen die Verfahren einzubringen, ist wieder eine Positionierung gegen die Opfer. Ein Verbrechen muss auch nach fast 80 Jahren vor Gericht als Verbrechen bewertet werden. Mir liegt nichts daran, dass die Beschuldigten ins Gefängnis kommen, sie müssen aber verurteilt werden. Nicht für die Betroffenen alleine, sondern für die Gesellschaft. Eine Verurteilung ist eben auch ein juristisches Zeichen, dass Unrecht Unrecht war.

Erkämpfte Verfahren, viel Erstrittenes wird zurückgedrängt. Wie bewertest du die Entwicklung?
Ich bin sehr traurig über die gegenwärtige Entwicklung. Dass die Politik die Nazis so offen auf der Straße auftreten lässt, ist ein Unding. Die Rechtsentwicklung in den Parlamenten, aber auch die Vernetzungen in Polizei und Bundeswehr, sind mehr als beunruhigend. Die Anfeindungen gegen ›die Antifa‹ kann ich eigentlich gar nicht nachvollziehen. Engagement gegen Menschenfeindlichkeit sollte doch eher eine Selbstverständlichkeit sein. Menschlich denken, menschlich leben. Der Kapitalismus erzieht die Menschen jedoch zum Egoismus, wo nur an sich, an seinen vermeintlichen Vorteil, gedacht wird. Die gegenwärtige Abwehr der Flüchtlinge an den Grenzen schreit zum Himmel, wie die damaligen Einreiseverweigerungen von uns Juden. Dass Leute, weil sie jüdisch, schwarz, muslimisch oder homosexuell sind, angegriffen werden, ist der rote Faden der Ideologie von 1945 bis eben 2021.

Viel zu tun?
Ja, gegenhalten und für eine menschliche Welt streiten. Ich freue mich schon, wenn ich nach der Pandemie mit Microphone Mafia wieder auftreten werde.

Vielen Dank für das Interview!

RSTAND
Wahlurn
lt A
WIR SIND
DEINE
STIMME
Alternative
Deutschland

Merkel:
Sie hat aus Deutschla
ein Paradies gemach
Schmarotzer
und Verbrech
SAN DIEGO POLO

#Sachsen-Anhalt

Platz zwei für die AfD

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im Juni ist die »Alternative für Deutschland« hinter ihren eigenen hoch gesteckten Erwartungen zurückgeblieben und hat sich dennoch stabilisiert.

von Marcel Hartwig

Die Erwartungen der prominenten Gäste auf der Wahlparty der »Alternative für Deutschland« (AfD) im Magdeburger Stadtteil Sudenburg, unter ihnen Christoph Bernd, Björn Höcke und Alexander Gauland, waren hoch. Rund zwei Wochen vor der Landtagswahl am 6. Juni 2021 hatte das Institut INSA prognostiziert, die AfD könne stärkste politische Kraft im Land zwischen Zeitz und Altmark werden. Doch statt der prognostizierten mehr als 25 Prozent landete die Partei am Ende bei 20,8 Prozent – sogar mit einem leichten Verlust gegenüber ihrem Wahlergebnis von 24,3 Prozent im März 2016. Grund dafür waren die massiven Stimmengewinne für die CDU, der es in den letzten zwei Wochen vor dem Urnengang gelungen war, sich als Retterin wider die AfD in Szene zu setzen. Und dies, obwohl es in der zu Ende gegangenen Legislaturperiode nicht an Signalen aus der Union gefehlt hatte, die auf eine Bereitschaft eines Teils der Partei zur Kooperation mit der AfD hindeuteten.

Fünf Jahre völkisch-rassistische Propaganda

Der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt gehörte gemeinsam mit denen in Thüringen und Sachsen seit Parteigründung frühzeitig zu denen in der AfD, welche die Rechtsverschiebung vorantrieben. Die sogenannte »Erfurter Resolution«, die sich 2015 gegen den Kurs der damaligen AfD-Chefin Frauke Petry wandte, und heute als Initialzündung für die Herausbildung des völkisch-nationalistischen »Flügels« gilt, wurde hier umfänglich unterstützt. Auch die »Kyffhäuser-Treffen« des »Flügels«, an der Landesgrenze zwischen Sachsen-Anhalt und Thüringen, sind so zu deuten. Die Arbeit des Landesverbandes Sachsen-Anhalt und seiner Landtagsfraktion galt in den Jahren 2016 bis 2019 neben Thüringen als prägend für den zunehmend extrem rechten Kurs der Partei.

Seit 2016 hatte die AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt ihre völkisch-nationalistische Agenda effektvoll in Szene gesetzt. Der damalige Fraktionschef André Poggenburg gefiel sich darin, mit NS-Vokabular zu provozieren, politische Gegner*innen zu diffamieren und offen rassistische Klischees zu verwenden. Die Strategie, Provokationen und Tabubrüche im Parlament zu zelebrieren, sicherte der AfD in der ersten Hälfte der Legislatur zuverlässig die skandalisierende Aufmerksamkeit der regionalen Medien und der Landespolitik. In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode setzte eine spürbare Professionalisierung der AfD ein. Über Kleine und Große Anfragen versuchte die Fraktion, die Arbeit von Migrationsverbänden, Institutionen der Jugendhilfe und Projekten gegen Rechts zu diskreditieren. Mit der Einsetzung der Enquete-Kommission »Linksextremismus in Sachsen-Anhalt« samt Unterstützung durch die CDU konnte die AfD einen politischen Erfolg verbuchen, den sie zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss Linksextremismus ausbauen wollte. Dieser blieb ihr jedoch mangels Begründung verwehrt. So war die Fraktion nicht in der Lage, den Untersuchungsauftrag des von ihr beantragten Ausschusses in Bezug auf die vermeintliche Gefahr des »Linksextremismus« in Sachsen-Anhalt so zu konkretisieren, dass dieser einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhielt. Kurz danach stellte auch die Kommission ihre Arbeit ein.

Das Netzwerk im Hintergrund

Die Verbindungen der Landes-AfD in das extrem rechte Milieu an der Schnittstelle aus Burschenschaften, völkischen Jugendbünden, ehemaligen NPD- und JN-Aktivist*innen sind gut dokumentiert. Aus diesem Umfeld rekrutierte die Fraktion ihre Mitarbeiter*innenschaft. Ebenfalls eng ist der Draht der AfD-Landtagsfraktion zu »Ein Prozent«. Mehrfach griff das rechte Kampagnennetzwerk aus den Anfragen der AfD-Landtagsfraktion gewonnene Erkenntnisse auf, um sie propagandistisch auszuschlachten und gegen politische Gegner*innen zu verwenden. Zuletzt gab AfD-Fraktionschef Oliver Kirchner bereitwillig Auskunft im Podcast von »Ein Prozent«.

WIR SI
DAS VOLK
AfD
DEUTSCHLAND
-RETTER-

FREIHEIT
STATT
CORONA-
IRRSINN
www.AfD-lsa.de
AfD

Abschlusskundgebung auf dem Magdeburger Domplatz am 4. Juni 2021. Corona-Einschränkungen waren ein Thema in Sachsen-Anhalt bei der AfD. Nicht nur auf der Bühne provozierte Hans-Thomas Tillschneider.

Kirchner, der sein Zimmer im Landtag mit Portraits des ehemaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg dekoriert hat, gibt in der Öffentlichkeit gern den seriösen national-konservativen Politiker. Doch auch er ist ein Gewährsmann des »Flügels«. Im Jahr 2019 nahm er mit Kalbitz und Höcke als Redner am »Kyffhäuser-Treffen« teil, wie sein Facebook-Profil zeigt.

Als ideologischer Kopf der Fraktion kann Hans Thomas Tillschneider gelten. Der habilitierte Islamwissenschaftler ist Bildungs- und Kulturpolitiker seiner Fraktion. Im Landtag fiel er durch ideologisch scharfe Attacken auf die Landesregierung auf, in denen er die angebliche »nationale Daseinsvergessenheit« der gegenwärtigen Politik geißelte. Aus seiner Sympathie mit dem deutschen Kaiserreich macht Tillschneider kein Geheimnis. Anlässlich des diesjährigen Jahrestages der Gründung des deutschen Kaiserreiches am 18. Januar 1871 und einer diesbezüglichen Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, ließ er sich auf seiner Internetseite zitieren: »Das Deutsche Kaiserreich, das in jeder Beziehung als ein Gipfelpunkt der deutschen Geschichte angesehen werden kann, wurde von Steinmeier in schulmäßiger nationalmasochistischer Pose zum Problemfall erklärt.«

Neben Poggenburg verließ unter anderem der 2016 direkt gewählte Abgeordnete Gottfried Backhaus die Partei. Er, nach eigener Auskunft konservativ evangelikal, mochte den völkisch-nationalistischen Kurs von Partei und Fraktion nicht mehr mittragen. Nicht wieder zur Wahl angetreten waren in diesem Jahr der vormalige Fraktionsgeschäftsführer Robert Farle und der Ex-Polizist Mario Lehmann aus Quedlinburg.

Klientel der AfD

In den Wahlanalysen wird erkennbar, dass die AfD im Kern von Männern mittlerer beruflicher Qualifikation gewählt wird. Stark ist die Gruppe der unter 30-Jährigen vertreten mit 20 Prozent Stimmenanteil. Ein Wert, der sich relativiert, wenn man jene Gruppe in den Blick nimmt, die der Partei wesentlich zur Stabilität ihrer Stimmanteile verholfen hat: erwerbstätige Männer im Alter zwischen 40 und 50 Jahren. Allerdings hat die AfD die 2016 gewonnenen Wahlkreise bei der Landtagswahl 2021 wieder an die CDU verloren. Nur in Zeitz gelang es der Partei, ein Direktmandat zu erringen. Wie schon 2016 ist das Wahlergebnis für die AfD von starken regionalen Unterschieden geprägt. Ihre Hochburgen hat die Partei im Süden und im Osten des Landes, vor allem in den Klein- und Mittelstädten. So überschritt sie in fünf Wahlkreisen die 25 Prozent: in Staßfurt (28,0 %), Eisleben und Zeitz (jeweils 26,5 %), Querfurt (25,8 %) sowie in Weißenfels (25,2 %). In den Großstädten Magdeburg und Halle konnte die AfD im Vergleich weniger punkten. Ihre schwächsten Ergebnisse erzielte sie in Magdeburg IV (16, %) und III (15,6 %), Halle II (12,5 %), Magdeburg II (11,0 %) und im Wahlkreis Halle III (9,1 %).

Verluste mit und ohne Folgen

Die AfD hat sich in Sachsen-Anhalt auf hohem Niveau stabilisiert, jedoch ihr eigentliches Wahlziel, stärkste Kraft zu werden, verfehlt. Mit ihrem gegenüber 2016 gesunkenem Wahlergebnis ist der Fraktion die Möglichkeit genommen, weitreichende parlamentarische Initiativen, wie beispielsweise Untersuchungsausschüsse durchzusetzen. Ihr heterogen zusammengesetztes Wähler*innenmilieu ist jedoch im Wesentlichen stabil, die AfD hat sich in der Landespolitik als Faktor etabliert.

In der neuen, für die AfD nunmehr zweiten Legislatur im Landtag von Sachsen-Anhalt wird die Partei ihren harten rechten Kurs nicht ändern. Mit Landtagsabgeordneten wie Ulrich Siegmund aus Tangermünde ist die Fraktion aber in der Lage, je nach Anlass, in der politischen Kommunikation scheinbar kompetenter und etablierter aufzutreten. Siegmund, in der zu Ende gegangenen Legislatur Fraktionsvize der AfD, beherrscht die Klaviatur des rechten Politikmarketings, wie seine Reden im Landtag und bei AfD-Kundgebungen beweisen. Zuletzt trat er im Mai in Seehausen bei einer AfD-Kundgebung gegen junge Umweltschützer*innen und für den Weiterbau der Autobahn 14 in der Region auf. Mit dabei: Neonazis aus der Altmark.

#Bundestagswahl

Vier weitere Jahre

In den aktuellen Umfragen zur Bundestagswahl liegt die AfD zwischen neun und zwölf Prozent, ein Wiedereinzug in den Bundestag auf dem Niveau von 2017 liegt im Bereich des Möglichen, eine deutliche Steigerung zeichnet sich jedoch nicht ab.

von Gerd Wiegel

Das sah schon einmal ganz anders aus, denn bis zum Beginn der Corona-Pandemie lag die »Alternative für Deutschland« (AfD) bei den großen Umfrageinstituten relativ kontinuierlich über ihrem letzten Bundestagswahlergebnis von 12,6 Prozent. Bis zu 18 Prozent wurden zwischenzeitlich für die AfD gemessen, wohingegen sie seit dem letzten Jahr die Marke von 12 Prozent nicht mehr überschritten hat. Bei allen Unwägbarkeiten von Umfragen und der Unvorhersehbarkeit der nächsten Monate scheinen sich zwei Dinge abzuzeichnen: Von einer steten Aufwärtsbewegung der AfD kann nicht mehr die Rede sein. Gleichzeitig ist es ihr gelungen, eine Stammwähler*innenschaft herauszubilden, die die Partei aus inhaltlicher Überzeugung wählt. Den immer wieder selbst formulierten Anspruch einer »Volkspartei« kann sie in Ostdeutschland ausfüllen, im Westen bleibt sie dagegen eine kleine bis mittelgroße Partei, schwankend um die Marke von 10 Prozent.

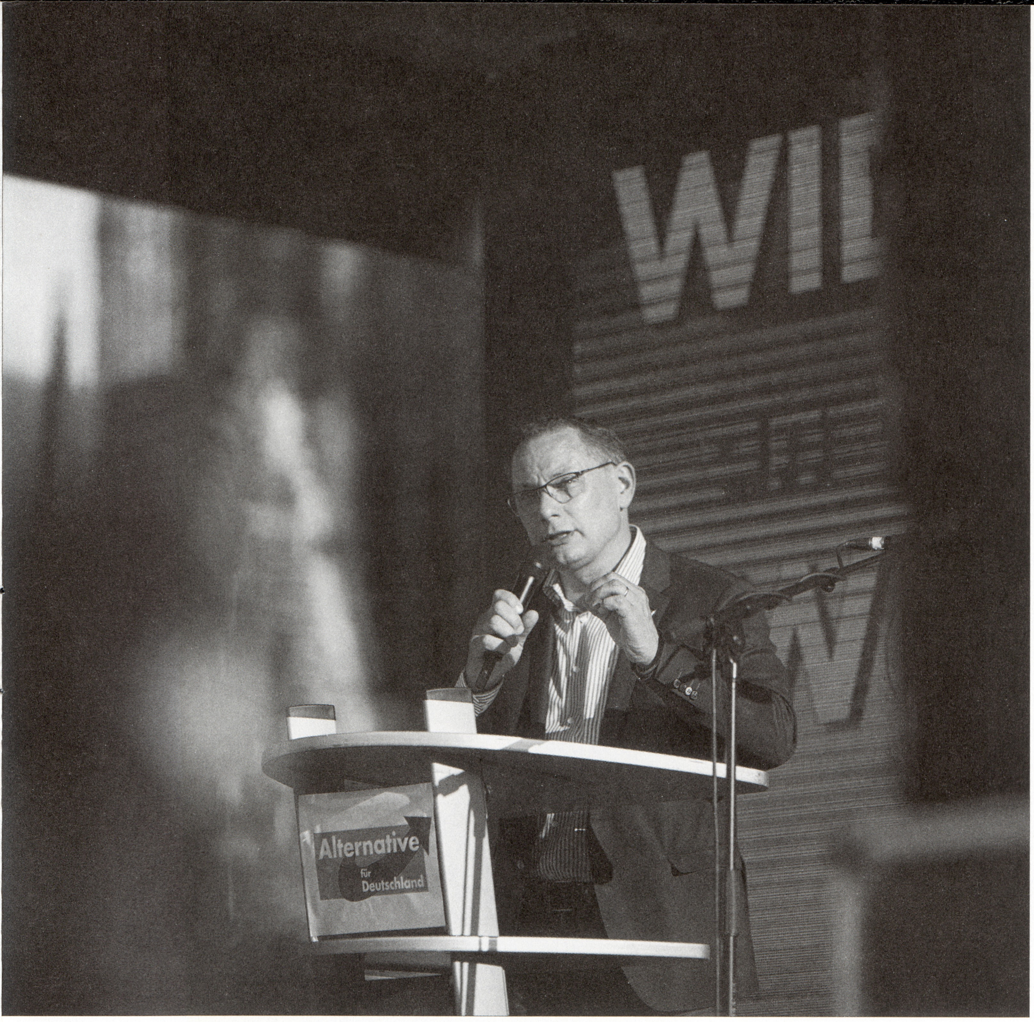
Die Wahlergebnisse der AfD seit der Bundestagswahl 2017 spiegeln diese Entwicklung: Deutliche Ergebnisse über 20 Prozent in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, zuletzt auch in Sachsen-Anhalt. Wobei die herausragenden Ergebnisse in den ersten drei Ländern 2019, also noch vor dem Corona-Einschnitt, erzielt wurden. Bei allen vier Wahlen danach in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt musste die Partei Verluste hinnehmen.

Die Bundestagswahl 2017 fiel mitten in die Aufschwungphase der Partei, die mit einer Rechtsradikalisierung und der bundespolitischen Dominanz des zentralen AfD-Themas Flucht und Migration einherging, und bis 2019 anhielt. Danach zeigt sich eine stärkere Diversifizierung der AfD-Ergebnisse mit einem eindeutigen Schwergewicht in Ostdeutschland. Nach dem Bedeutungsverlust des Themas Flucht und Migration ist es der Partei mit keinem anderen Thema gelungen, ähnliche Mobilisierungserfolge zu erzielen. Klimaleugnung, Corona-Verschwörungsmythen, »Umvolkung« oder »Great Reset« – mit all diesen Themen und Kampagnenversuchen konnte die AfD zwar wichtige Teile ihres Publikums bedienen. Sie schaffte es aber nicht, neue Spektren zu erschließen.

Kontinuität und Professionalisierung

Beim Blick auf Personal und Inhalte für den Bundestagswahlkampf zeigt sich vor allem Kontinuität. Die bisherigen Listenaufstellungen der AfD in den Ländern beinhalten wenige Überraschungen und ein großes Maß an personeller Kontinuität. Wichtige Ideologen der völkischen Rechten wie Gottfried Curio, Karsten Hilse, Stephan Brandner oder Jens Maier werden wieder in den Bundestag einziehen. Hinzu kommen Strippenzieher des Höcke-Lagers wie Torben Braga aus Thüringen. Aber auch die Nationalkonservativen setzen auf personelle Kontinuität, sodass es ein Wiedersehen mit dem Chef der AfD in Nordrhein-Westfalen Rüdiger Lucassen, Beatrix von Storch oder dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Peter Boehringer geben wird. Ohne Zweifel will die Partei die Professionalisierung, die sie in vier Jahren Bundestag erworben hat, für die nächste Wahlperiode nutzen. Anders als 2017 wird man jetzt auch mit einer eingespielten Mitarbeiter*innenschaft an den Start gehen.

Schon in der ablaufenden Wahlperiode hatte die Fraktion eine relativ schnelle Professionalisierung durchlaufen und die vorhandenen parlamentarischen Mittel für sich zu nutzen gewusst. Darauf wird sie zukünftig aufbauen und versuchen, über inhaltliche Kompetenz dort Anerkennung zu bekommen, wo ihr heute noch vor allem Ablehnung entgegenschlägt: in der konservativen bürgerlichen Presse. Mit dem Gewöhnungseffekt an eine extrem rechte Partei im Parlament und notwendigen konservativen Lücken, die ein mögliches schwarz-grünes Bündnis lassen würde, könnte ein Akzeptanzgewinn gelingen. Unklar ist zum jetzigen Zeitpunkt, wie sich die neue Bundestagsfraktion im innerparteilichen Gefüge mehrheitlich einordnen wird. Die Auswahl des Spitzenpersonals für den Wahlkampf gibt erste Hinweise, denn mit Alice Weidel und Tino Chrupalla haben sich hier die Kandidat*innen der völkischen Rechten gegen das von Co-Parteichef Jörg Meuthen favorisierte Duo Jona Cotar und Joachim Wundrak durchgesetzt. Ob damit auch eine Vorentscheidung für die zukünftigen Fraktionsvorsitzenden gefallen ist, wird entscheidend vom Wahlergebnis abhängen. Sollte sich dieses im Bereich von 2017 bewegen, haben die beiden gute Chancen, die neue Fraktion zu führen und damit den Einfluss der völkischen Rechten, auf deren Ticket beide unterwegs sind, zu untermauern.



Tino Chrupalla im Wahlkampf

Wahlkampfthemen

Inhaltlich wird die Partei die Themen im Wahlkampf stark machen, mit denen sie öffentlich verbunden wird und für die ihr in Teilen Kompetenzen zugeschrieben werden. Strikte Begrenzung von Zuwanderung und Aufnahme von Geflüchteten, verbunden mit einer völkisch begründeten Ablehnung von Migrant*innen aus bestimmten Regionen; eine »Deutschland zuerst!«-Politik, verbunden mit der Forderung nach Einstellung deutscher Zahlungen für die EU; eine sozialpolitisch verkleidete Form der Demographie-Politik mit dem Ziel, die Anzahl »deutscher« Kinder zu vergrößern, verbunden mit einem tradierten Rollen- und Familienbild; die Inszenierung als »Autofahrerpartei«, verbunden mit der Leugnung des menschengemachten Klimawandels und schließlich einer Thematisierung der Corona-Folgen, mit der ein verschwörungsaffines Publikum bedient werden kann.

Das auf dem Bundesparteitag in Dresden verabschiedete Wahlprogramm bildet diese Punkte ab. Auch hier ist es der völkischen Rechten gelungen, symbolträchtige Verschärfungen durchzusetzen. Dennoch ist nicht damit zu rechnen, dass die Partei im Wahlkampf zum Beispiel eine offene Kampagne für einen EU-Austritt Deutschlands starten wird, würde sie so doch nur bürgerliche Wähler*innen abschrecken. »Standortnationalismus, völkischer Nationalismus, autoritärer Staat« überschreibt Helmut Kellershohn seine Analyse des AfD-Wahlprogramms in der Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung DISS-Journal und trifft damit das Wahlangebot der AfD recht genau.

Für eine erfolgreiche Wahlkampagne wird es für die AfD darauf ankommen, die ganze Spannbreite ihrer heterogenen Wähler*innenschaft zu erreichen. Insofern ist das Duo Weidel/Chrupalla vielleicht doch geeignet, diesen Spagat zu repräsentieren. Denn neben allen heftigen Flügelstreitigkeiten gibt es nach wie vor eine indifferente Parteibasis, der es vor allem auf den weiteren Erfolg ankommt. So ist auch das recht klare Votum für das Spitzenduo nicht in jedem Fall eine inhaltliche Stellungnahme im internen Lagerkampf. Auch die AfD hat nur eine begrenzte Zahl an bundesweit bekannten Personen, die in der Mediendemokratie gebraucht werden, um erfolgreiche Wahlkampagnen zu organisieren.

Strategische Optionen im Wahlkampf und danach

Nach der Personalentscheidung in der Union und auch nach den Erfahrungen der letzten Wahlen in Sachsen-Anhalt ist jeder Gedanke an eine wie auch immer geartete Regierungsbeteiligung der AfD nach der Wahl obsolet. Er war es schon vorher, doch ist durch Sachsen-Anhalt der strikte Abgrenzungskurs der CDU zur AfD fürs Erste bestätigt worden. Die Partei wird also vor allem konservative CDU/CSU-Wähler*innen mit dem Schreckgespenst eines schwarz-grünen Bündnisses umwerben. Das könnte umso besser gelingen, je deutlicher sich die Union in den Umfragen vor die Grünen schiebt. Ein knappes Rennen um Platz 1 könnte diese Gruppe an die Union binden.

Trotzdem bleibt fraglich, ob für die AfD hier noch viel zu holen ist. Trotz verbesserter Umfragen liegt die Union bei 28 Prozent, gut vier Prozent weniger als bei den letzten Wahlen. Und dennoch kann die AfD gegenwärtig nicht weiter von dieser Schwäche der Union profitieren. Anders als 2017, als das stark mit der AfD verbundene Thema Flucht und Migration absolut dominant war, zeichnet sich im Moment kein unbedingtes Gewinnerthema für den Wahlkampf der AfD ab.

So wird die Partei vier weitere Jahre Zeit bekommen, ihre strategische Ausrichtung und damit auch eine Machtperspektive zu klären. Die Übernahme des völkischen Modells in Ostdeutschland für die Gesamtpartei oder die Annäherung an die Union unter Abspaltung der radikalen Teile der völkischen Rechten scheinen sich hier gegenüber zu stehen. Klügere Leute in der AfD werden versuchen, einen Weg zwischen diesen Extremen zu gehen. Unklar bleibt, wie dieser Weg konkret aussehen kann.

DEUTSCHLAND SUCHT DEN BEIPACKZETTEL
ZWANGSIMPFUNG
STOPPEN!!

1. Mai 2021: Neonazis in Greifswald gegen angebliche Zwangsimpfung.

#NPD

(Wahl-) Kampfmodus

Zum Superwahljahr 2021 startet die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« einen Comeback-Versuch in Mecklenburg-Vorpommern. Um wieder ins Landesparlament einzuziehen und sich gegen die konkurrierende »Alternative für Deutschland« zu behaupten, setzt sie auf den Bundesvorsitzenden Frank Franz.

von Lisa Krug

Das Superwahljahr 2021 ist im vollen Gange. Alles starrt gebannt auf die Umfragewerte im Bund, und die »Alternative für Deutschland« (AfD). Themen, mit denen sich auch politisch interessierte Bürger*innen in Mecklenburg-Vorpommern herumschlagen – doch nicht nur. Denn in dem Bundesland, das – zumindest gefühlt – vorwiegend aus Ackerland und Ostseestrand besteht, wird parallel zur Bundestagswahl am 26. September 2021 ein neuer Landtag gewählt. Zudem agiert dort, neben der AfD, ein weiterer Protagonist der extremen Rechten: die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD).

Zurück vom Schreibtisch auf die Straße

Während sich die AfD auch in Mecklenburg-Vorpommern mit ihren internen, persönlichen Befindlichkeiten beschäftigt und auf ihrem zweiten Landesparteitag am 19. Juni ihre Kandidat*innen für die Landesliste aufstellt, befindet sich die NPD bereits seit dem Frühjahr im Wahlkampfmodus. Die Neonazi-Partei hatte bereits am 10. April auf ihrem Landesparteitag den Bundesvorsitzenden Frank Franz zum Spitzenkandidaten gewählt. Schon am 1. Mai startete die schon totgesagte NPD ihren Wahlkampfauftakt mit einem groß angekündigten Aufmarsch in Greifswald. Nach zwei Jahren ohne Demonstration mobilisierte sie erstmals wieder auf die Straße. Doch der vermeintlich große Auftakt endete in einem Desaster: Nicht nur gegen Corona-Landesverordnungen hatten sie zu kämpfen, auch wurde der Aufmarsch nach nur einem Kilometer durch Antifaschist*innen erfolgreich blockiert. Landesvorsitzender Stefan Köster, der auf Landeslistenplatz 2 gewählt wurde, kündigte noch vor Ort, trotz dieser Niederlage kämpferisch gestimmt, weitere Aktivitäten an: »Der 1. Mai 2021 ist der Beginn von vielen Aktionen (…), der nationale Widerstand ist nicht nur da; er ist auch lebendig, er ist aktiv (…) Die NPD greift wieder an!«

Fischen im »Querdenker«-Milieu

Und tatsächlich setzte die NPD zunächst auf regen Aktivismus: Statt der öden wöchentlichen Infostände in den unterschiedlichsten Provinzstädten, gab es Aufmärsche und Kundgebungen. Ebenso wie im Zuge der migrationsfeindlichen Proteste im Jahr 2015, versucht die Partei den Unmut einiger Bevölkerungsteile nun über die Corona-Politik für sich zu nutzen. In den vergangenen Monaten beobachteten NPDler die Corona-Leugner*innen-Proteste oder nahmen an diesen teil. Mitte Mai unterstützten NPD-Mitglieder schließlich einen Aufmarsch der extrem rechten »Protestbewegung Freidenken« in Anklam und eine Kundgebung der Ludwigslust-Parchimer Kreistagsfraktion »Heimat und Identität« in Schwerin. Die Fraktion wurde von Ex-AfD-Landeschef Dennis Augustin – nach seinem Parteiausschluss wegen seiner NPD-Vergangenheit – und zwei weiteren ehemaligen AfD-Kreistagsfraktionsmitgliedern im September 2020 gegründet. Kurz darauf schloss sich Stefan Köster der Fraktion an.

»Erststimme AfD – Zweitstimme NPD« war gestern

Neben der »Querdenker«-Szene hat die NPD auch die AfD im Blick. Diese hatte die NPD 2016 als extrem rechte Partei im Landtag abgelöst. Wo es im damaligen Wahlkampf noch hieß: »Erststimme AfD – Zweitstimme NPD« und eine Kooperation angestrebt wurde, steht nun offene Abgrenzung auf der Tagesordnung. Köster wetterte in Greifswald, sie hätten der AfD eine Chance gegeben, die diese jedoch nicht genutzt hätte. Adrian Wasner (Landeslistenplatz 4), mittlerweile Geschäftsführer der Fraktion »Heimat und Identität«, ging ein paar Wochen später in seiner Rede in Schwerin noch weiter: Die AfD sei feige und würde sich in den Parlamenten und Büros verstecken, nicht auf die Straße gehen und zusehen, wie ihre »eigenen Volksleute auf dem Boden liegen« und von der Polizei zusammengeschlagen würden. Auch Dennis Augustin versicherte den Zuhörer*innen, sie hätten es nicht hinbekommen den Widerstand zu organisieren. Mittlerweile ist die AfD kein möglicher Kooperationspartner mehr, sondern Konkurrenz, gegen die es zu hetzen gilt.

Puste weg oder die Ruhe vor dem Sturm?

Vom groß angekündigten Aufbruch ist bereits nach wenigen Monaten nicht mehr viel zu spüren. Bis auf vereinzelte Aktionen, ist der von Köster angekündigte lebendige, aktive, nationale Widerstand noch nicht auf den Straßen angekommen. Laut aktueller Sonntagsumfrage könnte die AfD mit 17 Prozent (20,8 % in 2016) deutlich Federn lassen. Der NPD droht erneut das Scheitern an der 5-Prozent-Hürde (3 % in 2016). Die Strategie, unter falscher Flagge zu demonstrieren, scheint ebenso verfehlt gewesen zu sein, wie die Hoffnung auf eine Sogwirkung durch den Spitzenkandidaten Frank Franz. Dieser wird von vielen NPDler*innen in Mecklenburg-Vorpommern nicht als einer von ihnen wahrgenommen und hat deutlich weniger Fans als der ehemalige, langjährige Landesvorsitzende Udo Pastörs. Franz war jedenfalls bisher nicht derjenige, mit dem sich die Neonazis für Selfies haben ablichten lassen.

Sommerfest am Thüringer Landtag 2019 – Höcke und Möller im Gespräch mit Bürgern

#Thüringen

Auf dem Weg zur Volkspartei

von Ernst Kovahl

Niemals war die rechtsradikale »Alternative für Deutschland« (AfD) so dicht an der realen Macht wie im Februar 2020 in Thüringen. Damals hievten die Abgeordneten von CDU, AfD und FDP gemeinsam Thomas Kemmerich von den »Freien Demokraten« für wenige Tage in das Amt des Regierungschefs. Erstmals kam damit in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik ein Ministerpräsident mit den Stimmen von Rechtsradikalen ins Amt – ein Regierungschef von Gnaden des Faschisten Björn Höcke. Das Entsetzen darüber war groß. Demonstrationen bundesweit, mediales Dauerfeuer sowie politischer Druck von höchster Ebene sorgten dafür, dass Kemmerich sein Amt schon nach wenigen Tagen wieder aufgeben musste. Zur Ernennung von Minister*innen und Staatssekretär*innen kam es in dieser angespannten Situation nicht. Somit ist unklar, ob auch die AfD mit Posten oder politischen Zugeständnissen bedacht worden wäre. Vier Wochen später, Anfang März, wählte der Landtag dann erneut Bodo Ramelow von der Partei Die Linke zum Ministerpräsidenten und die CDU toleriert seitdem, vertraglich abgesichert und auf ein Jahr begrenzt, die rot-rot-grüne Minderheitsregierung. Gemeinsam einigte man sich auf Neuwahlen.

Verschobene Wahl

Geplant war die Landtagswahl parallel zur Bundestagswahl am 26. September. Doch da die CDU – entgegen der Vereinbarung – keine ausreichende Zahl an Stimmen für eine Auflösung des Landtags garantieren konnte, zog die rot-rot-grüne Koalition den Antrag auf Neuwahl Mitte Juli zurück. Bei einer Wahl hätte die AfD erneut ein starkes Ergebnis einfahren können. In den Umfragen der letzten zwölf Monate stand sie stabil zwischen 20 und 23 Prozent der Stimmen. Zudem hätte sie erneut das Zünglein an der Waage bei der Bildung einer Landesregierung werden können. Denn die Umfragen ergaben keine realistischen Mehrheitsoptionen. Die AfD wäre dadurch erneut in den Fokus politischer Schachzüge gerückt und hätte ihr Stimmverhalten für einen hohen politischen Preis anbieten können. Zwar schlossen die Konservativen eine Kooperation mit den Rechtsradikalen ausdrücklich aus. Aber das hatten sie auch schon vor der Wahl von Kemmerich behauptet.

Zudem hat Thüringens CDU traditionell einen starken rechten Flügel mit Schnittstellen zur »Neuen Rechten« und agierte in der Vergangenheit wiederholt auf kommunaler Ebene und im Landtag gemeinsam mit der AfD. Die Wahl des rechten ehemaligen Verfassungsschutz-Chefs Hans-Georg Maaßen zum Direktkandidaten in Südthüringen hat erneut bewiesen, dass ein relevanter Teil der Partei auf strammem Rechtskurs ist. Gerade aus der Region hatte es deutliche Stimmen aus der CDU gegeben, sich für eine Zusammenarbeit mit der AfD zu öffnen.

Höcke-Unterstützer

Auf die zehnköpfige, rein männliche Liste der AfD Thüringen zur Bundestagswahl wurden die zu erwartenden Personen gewählt – zumeist treue und langjährige Wegbegleiter von Björn Höcke. An der Spitze stehen die beiden Anwälte Stephan Brandner und Jürgen Pohl, gefolgt von Professor Michael Kaufmann und dem ehemaligen Bundessprecher der »Deutschen Burschenschaft« Torben Braga. Mit Marcus Bühl, Robby Schlund und Anton Friesen stehen weitere Kandidaten auf der Liste, die seit langem den Kurs der Partei in Thüringen prägen.

Den Sprung in die Bundespolitik scheut der frühere Lehrer Höcke nach wie vor und gefällt sich eher in der Rolle des einflussreichen Drahtziehers auf Bundesebene. Er bleibt als Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion in Thüringen.

»Volkspartei«?

Berührungsängste mit der AfD gibt es im konservativen Teil der Gesellschaft des Bundeslandes kaum mehr. So verließ erst im Mai der frühere Landrat des Kreises Saalfeld-Rudolstadt, Werner Thomas, die CDU und trat als nun parteiloser Kreistagsabgeordneter der AfD-Fraktion bei. Und als Anfang Juli im Thüringer Landtag der Posten des Vorsitzenden für einen von der CDU beantragten Untersuchungsausschuss zu »Politischer Gewalt« durch einen Antrag der AfD zur Einsetzung eines weiteren Ausschusses gefährdet war, übernahm die CDU einfach den Antrag der Rechtsradikalen, um sich durch diesen Trick die Position zu sichern – vorerst erfolglos. Die Ausgrenzung der AfD funktioniert seit langem nicht mehr. Teile der Gesellschaft gewöhnen sich zunehmend an ihre Dauerpräsenz. Zeitweise hatte sie in Umfragen die CDU – früher die unangefochtene Volkspartei Thüringens – überholt und lag nur noch hinter der Partei Die Linke. Gelingt der Partei unter Höcke, ihre Ergebnisse zu stabilisieren und sich auch in den Kommunen weiter zu verankern, könnte sie hier neben der zur Zeit führenden Partei Die Linke und der CDU dritte Volkspartei werden.

#DerQuestenbaum

»Völkisches Refugium«

Im Südharz will der Mitarbeiter von Björn Höcke und AfD-Kommunalpolitiker Jens Lange eine neue »patriotische Begegnungsstätte« mit angeschlossenem Verlag errichten. Dies sei das verheißungsvolle »Wolfserwartungsland«.

von Kai Budler

Zwischen Harz und Kyffhäuser liegt das Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz in Sachsen-Anhalt, eingerahmt von der thüringischen Landesgrenze im Westen und der Stadt Allstedt im Osten. Auf rund 30.000 Hektar sollen naturnahe Lebensräume mit dem »Lebens-, Erholungs- und Wirtschaftsraum seiner Bewohner und Besucher vereint« werden, verspricht das Konzept des Landesverwaltungsamts. Inmitten dieser Gipskarstlandschaft liegt Questenberg. Größtenteils von einem Naturschutzgebiet umgeben, schmiegt es sich zwischen die steilen Felsen. Durch das Dorf mit etwa 130 Einwohner*innen schlängelt sich die etwa einen Kilometer lange Hauptstraße, an der die alte Schule in der Dorfmitte liegt. Gleich daneben eine drei Meter hohe Rolandstatue als Zeichen der eigenen Gerichtsbarkeit. In die Kirchenmauer daneben ist ein »Halseisen« eingelassen, mit dem im 16. Jahrhundert Alltagsdelikte verbüßt wurden. Hier will Jens Lange eine »patriotische Begegnungsstätte« aufbauen.

Die Pläne des »Johann Felix Baldig«

In einem Gruppenraum und weiteren Zimmern sollen ab Mitte Oktober 2021 etwa 15 Personen übernachten können. Mit im geplanten Angebot: ein Frühstücksraum, eine Sauna und eine »Wandererklause«. Laut Aushang im Schaukasten vor dem 1912 erbauten Haus existieren außerdem ein kleiner und ein großer Saal mit insgesamt 100 Plätzen. Jens Lange ist Geschäftsführer der 2019 ins Leben gerufenen Unternehmergesellschaft »Neue Hege Harz Veranstaltungs- und Immobilienverwaltung« mit Sitz in der alten Schule, momentan aber saniere man noch, teilt Lange in einer Mail mit, die unserem Magazin vorliegt. Unter dem Pseudonym »Johann Felix Baldig« schreibt der 46-Jährige mit charakteristischem Spitzbart unter anderem für die extrem rechte Zeitschrift »Compact« und das Hetzer-Portal »PI News«. Sein Alias ist offenbar an den Namen seines verstorbenen Urgroßvaters Johann Baldig angelehnt. Unter diesem Pseudonym redete er im November 2019 zudem bei der Verbandstagung der »Deutschen Burschenschaft« (DB) in Colmar über »Das Reservat als konstitutioneller Verfallsgrad – zur Zukunft Deutscher Verfasstheit«. Das dreigeschossige Gebäude in Questenberg beherbergt unter dem Motto »Druckwerk Klausur Einkehr« auch ein Antiquariat und Langes Verlag »Edition Finsterberg«. Dieser vertreibt unter dem Titel »Wir sind der Verfassungsschutz!« eine Textsammlung des AfD-Rechtsaußen und ehemaligen Obmanns des formal aufgelösten »Flügels« in Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider. Das Geleitwort stammt von dem aus der AfD ausgeschlossenen Neonazi Andreas Kalbitz. Dieses Zusammentreffen ist wohl kein Zufall. Lange selbst trat im April 2016 in die AfD ein und wurde der 2018 formal aufgelösten »Patriotischen Plattform« um Tillschneider zugerechnet. Ab 2017 arbeitete er für den später aus der Partei ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Frank Pasemann. Zu den Kolleg*innen in dessen Büro gehörten rechte Burschenschafter und Aktivist*innen von »Ein Prozent« und den »Identitären«. Anschließend verlagerte sich Langes Arbeitsplatz ins thüringische Heiligenstadt als Leiter des Wahlkreisbüros von Björn Höcke. Mit dem AfD-Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzenden weilt er unter anderem im März 2020 bei der Klausur des »Flügels« in Schnellroda, »der Herzkammer neurechter politischer Bildungsarbeit«, wie Lange unter seinem Pseudonym bei »PI News« schreibt.

Sammlungsbestrebungen auf dem Land

Zwar wurde Lange im April 2020 aus der Kreistagsfraktion Mansfeld-Südharz ausgeschlossen, weil er »seine Aufgaben als Kreistagsmitglied nur unzureichend« erfüllt habe, wie es in einer Mitteilung heißt. Im Gemeinderat Südharz und Ortschaftsrat von Questenberg aber sitzt er, dem die AfD-Politik dort offenbar zu links ist, weiterhin für die Partei. Vorgestellt hatte er sich auf einer »Bürgerversammlung« in der Alten Schule, als Gastredner trat Pasemann auf. Auch Marie-

Christin Rausch, die in einer vergilbten Notiz im Schaukasten als Inhaberin der »Neuen Hege Harz« genannt wird, gehört der AfD an und ist Kommunalpolitikerin im Salzlandkreis.

Fernab der nach neu-rechtem Denken verlorenen Metropolen fühlt sich Lange wohl, wie er beschreibt: »In den notschwanger angerufenen Dörfern, ländlicher Raum!, finden wir uns, finden uns zusammen, erkennen uns bald als gut in der bösen Zuschreibung, die verwahrloste Politiker an uns üben. Dort siedeln wir mit unseren Kindern, sitzen beieinander, besuchen uns, helfen uns, zählen die leerstehenden Häuser, richten sie her (…) Im Wolfserwartungsland leben wir.« Sein pathetisches Sehnsuchtsbild von der Sammlung im ländlichen Raum entspricht nicht nur der Ideologie der völkischen Siedler*innen. Es trifft sich mit der Sprachfigur seines Arbeitgebers Björn Höcke: »Heute lautet die Frage Schaf oder Wolf. Und ich, liebe Freunde, meine hier, wir entscheiden uns in dieser Frage: Wolf.« Höckes Büroleiter bedient ebenso die Vorstellungen der neonazistisch beeinflussten neuheidnischen Künstlergruppierung »Orphischer Kreis« mit ihren Verbindungen zu den »Identitären«, der »Artgemeinschaft« und der »Deutschen Gildenschaft«. Auch sie ist offenbar von dem Ort fasziniert. Das liegt vor allem an der »Queste« hoch über dem Dorf, einem geschälten Eichenstamm mit einem aufgesetzten Kranz, der mit der germanischen Mythologie in Verbindung gebracht wird.

»Sinnbilder unserer völkischen Vergangenheit«

In der Vergangenheit hatten der Baum und das jährliche »Questenfest« an Pfingsten bereits den Mitgründer der Forschungsgemeinschaft »Deutsches Ahnenerbe der SS«, Herman Wirth, zu Vorträgen in den Ort gebracht. Seinen Assistenten Werner Georg Haverbeck, Gründer des »Reichsbunds Volkstum und Heimat« und ehemaliger SS-Untersturmführer, zog es bis Mitte der 1990er Jahre mehrfach dorthin. Bereits 1934 hatte er davon gesprochen, dieses Fest sei »eines der urältesten Sinnbilder unserer völkischen Vergangenheit, das in ununterbrochener Überlieferung aus Jahrtausenden her überkommen ist«.

Auf seiner Suche nach einem verborgenen »Geheimen Deutschland« landete zudem der 1950 geborene Schriftsteller Rolf Schilling in dem Dorf im Tal des Flüsschens Nasse. In dem Questenbaum auf dem Berg sah er »Mächte des Ursprungs: Welt-Ei und Sonne« sowie »Zeichen der Fruchtbarkeit«. Rund 30 Jahre nach dem Erscheinen seines »Questengesangs« gehört Schilling nunmehr zum Umfeld des »Orphischen Kreises«, der nicht nur ins ehemalige Zentrum der »Identitären Bewegung « (IB) nach Halle einlud.

In Questenberg veranstalteten sie im Mai 2019 ein »Frühlingsfest« unter dem Motto »Heimkehr im Mai« mit knapp 60 Teilnehmer*innen. Angekündigt wurden neben Schilling unter anderem die Neofolk-Bands »Fire + Ice«, »Orplid«, das »Magdeburger Projekt Schwarze Heimat«, Rudolf Seitner alias »Sonnenkind« sowie die neu-rechten Autoren Uwe Nolte und Carsten (»Baal«) Müller. Die letzten drei gelten als Gründer des besagten Kreises. In der öffentlich einsehbaren Einladungsliste der Zusammenkunft finden sich Alice Weidel (AfD-Fraktionsvize im Bundestag), Katrin Nolte (Online-Moderatorin bei Compact-TV) und der stramme NPD-Neonazi Sebastian Schmidtke. Nach dem kurzen Anstieg zur »Queste« und Lesungen von Müller, Nolte und Schilling ging es wohl in das von der ehemaligen Bürgermeisterin Liane Gast betriebene Gasthaus »Zur Queste«, wo es »keltische Speisen« und Musik gegeben habe. In der Ankündigung hieß es: »Der von Johann Felix Baldig neu gegründete Verlag Edition Finsterberg, der in der Neuen Hege Harz seinen Sitz hat, präsentiert an diesem Abend den ersten Band des ›Orfeo nordico‹. Diese ›Erste Ernte‹ des Orphischen Kreises ist eine Anthologie von Lyrik und Essayistik der neuen ›Orphiker‹.« Erschienen ist das Buch zwar noch immer nicht, im Schaukasten vor der alten Schule aber wird es weiter als »In Vorbereitung« angekündigt. Schon auf Fotos aus dem Jahr 2017 ist Lange im knapp 50 km entfernten Wendelstein bei der Veranstaltung »Ernte unterm Bronzemond« des Kreises zu sehen.

Die neue »patriotische Begegnungsstätte« mit angeschlossenem Verlag

»Die Urreligion der Germanen in ihrer nordischen Heimat«

Wie einige von dessen Mitgliedern gehört Lange gleichsam zum extrem rechten »Arbeitskreis für Deutsche Dichtung« (AfDD). Genau wie Müller und Schilling war er als »Johann Felix Baldig« im April 2017 als Redner zu Gast bei der Jahrestagung des AfDD in Südniedersachsen. Nachdem örtliche Medien den Charakter des Treffens öffentlich gemacht hatten, erhielt der Verein ein Hausverbot. Zur Fortsetzung der Tagung wich er auf das nahe gelegene »Hufhaus« in Nordthüringen aus, ein bei Neonazis bis heute beliebtes Domizil. Auch die »Artgemeinschaft« führt hier regelmäßig ihre Feiern durch. Im Tagungsbericht ist von einer »Vertreibung in ein Paradies« die Rede. Andere Teilnehmer waren demnach Martin Semlitsch alias »Lichtmesz« vom »Verlag Antaios« und der Zeitschrift »Sezession« sowie Uwe Lammla. Er ist der Vereinsvorsitzende des AfDD und betreibt den völkisch-esoterischen »Arnshaugk Verlag«. Dort werden Schillings Werke exklusiv publiziert und Bücher von Arbeitskreismitgliedern wie Müller und dem neu-rechten Publizisten Sebastian Hennig verlegt. Sie alle eint die kulturpessimistische und völkisch aufgeladene Ablehnung des Liberalismus.

Ihr symbolischer Ort dafür ist der »Questenbaum« in der Gipskarstlandschaft. Das dazu gehörige alljährliche Fest hatte der nationalsozialistische »Rasseforscher« Wirth Mitte der 1925er Jahre als »Die Urreligion der Germanen in ihrer nordischen Heimat« beschrieben. Mehr als hundert Jahre später wirbt Lange im Tal für sein neues Projekt mit den Worten: »Wir hegen und bewahren unsere Kultur und Tradition.« Das Dorf im Südharz mit der alten Schule scheint dafür wie gemacht: »Und wir selbst suchen bald im letzten dörflichen Winkel, in den Harztälern Deutschlands, die es auf dem flachesten Land noch gibt, Recht und Frieden.«

> Hass, Hetze, Rassismus und die Kriminalisierung des politischen Gegners waren über vier Jahre Dauererscheinungen der AfD im Bundestag. Der veränderte Tonfall im Plenum, die Ausweitung des Sagbaren, die Verächtlichmachung ganzer Gruppen von Menschen, das war das Besondere und Typische der AfD in ihrer ersten Wahlperiode.

#Bundestag

Vier Jahre Zäsur

In ihrer ersten Legislatur im Bundestag hat die AfD-Fraktion sich professionalisiert und es teilweise geschafft, die Bundesregierung unter Erklärungszwang zu setzen. Ihr Potenzial konnte sie allerdings bislang nicht ausweiten.

von Gerd Wiegel

Stabilisierung ist ein wichtiges Stichwort bei der Bilanzierung von vier Jahren »Alternative für Deutschland« (AfD) im Bundestag. Trotz der insgesamt nach wie vor prekären Lage der Gesamtpartei vor dem Hintergrund heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen hat die Bundestagsfraktion dazu beigetragen, die AfD in der Gunst der Wähler*innen annähernd auf dem Niveau zu halten, auf dem sie vor vier Jahren eingezogen ist. Keine Kleinigkeit angesichts der veränderten Themenkonjunktur, in der zentrale AfD-Themen wie Flucht/Migration und Euro-Rettung weit nach hinten gerückt sind.

Keine Entzauberung, kein Weichspülen, keine Abkopplung von der Basis. Wer diese Hoffnungen vor vier Jahren hatte, sieht sich enttäuscht. Stattdessen haben vier Jahre Bundestag der AfD einen Professionalisierungsschub gebracht, der sich in Zukunft auszahlen kann. Kompetenzzuschreibungen, wie sie für die AfD zuletzt bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt verzeichnet wurden, sind wichtig, um aus Protestwähler*innen Stammwähler*innen zu machen. Parlamentsarbeit kann solche Zuschreibungen erzeugen oder untermauern. Am Ende der Wahlperiode liegt die AfD mit ihren parlamentarischen Aktivitäten quantitativ gleichauf mit den anderen Oppositionsfraktionen, was für eine schnelle Professionalisierung spricht.

Radikalisierung und Isolierung

»Wir wollen sie jagen«, mit dieser martialischen Ankündigung des Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland trat die AfD 2017 im Bundestag an. Nach anfänglicher Verunsicherung der anderen Fraktionen erwies sich diese Ankündigung – wie auch manche andere – als heiße Luft. Denn keineswegs lief und läuft alles glatt bei der selbsternannten Alternative. Immerhin sechs Austritte hatte die Fraktion zu verzeichnen, fünf davon aktiv und aus politischen Gründen und einen wegen Parteiausschlusses. Als erster Fraktion in der Geschichte des Bundestages wurde der AfD ein Ausschussvorsitz wieder entzogen. Stephan Brandner, einer der schlimmsten Hetzer der völkischen Rechten in der Fraktion, wurde als Vorsitzender des Rechtsausschusses nach zwei Jahren von allen anderen Fraktionen abgesetzt. Auch ist es der Fraktion über vier Jahre nicht gelungen, einen Posten im Präsidium des Bundestages zu bekommen, da alle ihre Kandidat*innen krachend scheiterten. Nach außen verkauft die AfD das als Arroganz der »Altparteien« und als Ausweis eigener Unangepasstheit.

Tatsächlich haben sich Partei und Bundestagsfraktion in diesen vier Jahren in eine Radikalisierungsspirale begeben, mit der zumindest auf der Oberfläche viele Brücken zu anderen Fraktionen, namentlich der Union, abgebrochen beziehungsweise gar nicht erst gebaut wurden. Von einer Zähmung durch Parlamentarisierung kann zumindest für diese erste Wahlperiode nicht die Rede sein. Der Fraktionsführung ist es nicht gelungen – sollte sie es denn jemals angestrebt haben –, die Union im Bundestag in ähnliche Schwierigkeiten zu bringen wie das in Thüringen oder Sachsen-Anhalt der Fall war. Fraktionsintern soll die Kritik an der Führung stark und die Unzufriedenheit groß sein. Dass mit Alice Weidel eine der Fraktionsspitzen dennoch als Spitzenkandidatin fungiert, spricht nicht für eine breite personelle Auswahl.

Themen und Kampagnen

Hass, Hetze, Rassismus und die Kriminalisierung des politischen Gegners waren über vier Jahre Dauererscheinungen der AfD im Bundestag. Der veränderte Tonfall im Plenum, die Ausweitung des Sagbaren, die Verächtlichmachung ganzer Gruppen von Menschen, das war das Besondere und Typische der AfD in ihrer ersten Wahlperiode. Die Effekte solcher Tabubrüche und kausale Zusammenhänge sind schwer zu bestimmen, aber es ist mehr als ein Zufall, dass die 19. Wahlperiode mit drei großen rechtsterroristischen Anschlägen eine der gewalttätigsten in der Geschichte der Bundesrepublik bezogen auf die extreme Rechte ist.

Verbal ging es der AfD im Bundestag darum, Ethnozentrismus und Ethnopluralismus in griffige Formulierungen zu packen und via Social Media Woche für Woche an ihr Publikum zu senden. Wortprägungen wie »Asylbehaupter«, »Asyltouristen« oder »Messereinwanderung« dienten dazu genauso wie Vergleiche von Geflüchteten mit Raubtieren oder die abwertende Rede von »Kopftuchmädchen«. Mit Formulierungen wie »kulturfremde Kostgänger« oder »frauenverachtende Stammeskulturen« ging es der AfD immer wieder um die Behauptung einer unüberbrückbaren kulturellen Differenz der Muslime, weshalb das Zusammenleben mit ihnen generell nicht möglich sei. Von prominenter Stelle im Bundestag wurden so im Wochenrhythmus Hassbotschaften in eine dafür empfängliche Blase gesendet – sicherlich nicht ohne Effekt.

Ergänzt wurde dieser Rassismus von Anfang an durch den Versuch, demokratische Institutionen zu delegitimieren. Das begann mit Brandners via Facebook verschicktem Foto seines Wahlscheins zur Wahl der Bundeskanzlerin auf einer Bundestagstoilette über die mehrfache Ankündigung durch AfD-Redner, die Kanzlerin von der Regierungs- auf die Anklagebank zu bringen bis zur vom Abgeordneten Thomas Seitz geäußerten Verachtung für die von »den Altparteien geschaffene erbärmliche Parteiendemokratie«. Auch hier ging es der Fraktion um das Signal nach außen, man sei mit dem Bundestagseinzug nicht Teil des verhassten Systems geworden.

Bemerkenswert war die zeitweilige Kampagnenfähigkeit der AfD-Fraktion, die es zum Beispiel im Rahmen der Debatte um den UN-Migrationspakt 2018/19 schaffte, die Regierung unter Erklärungszwang zu setzen. Die Nutzung und Befeuerung von Verschwörungsmythen setzten bei der AfD weit vor Corona ein und orientierten sich stark am Vorbild Donald Trump in den USA. Die rechte Erzählung vom »Großen Austausch« wurde von der Fraktion im Bundestag aufgenommen und mit allen parlamentarischen Mitteln gespielt. Rassismus und Elitenbashing konnten so geschickt miteinander verknüpft werden. Irrationalismen und die Absage an die gemeinsame Grundlage einer Tradition der Aufklärung spielten für die AfD eine große Rolle. So auch beim zweiten großen Thema der Legislatur, der Klimakrise.

Alleinstellung, aber keine Ausweitung des Potenzials

Sehr schnell entdeckte die Fraktion die Position der »Klimaleugnung« als Unterscheidungsmerkmal zu allen anderen Fraktionen für sich, nachdem das Thema Flucht und Migration stärker in den Hintergrund gerückt war. Hatte Gottfried Curio die Rolle des rassistischen Demagogen bei diesem Thema weidlich ausgelebt, trat an dessen Stelle mit Karsten Hilse ein radikaler »Klimaleugner« und völkischer Ideologe, mit dem die Fraktion das Thema öffentlichkeitswirksam besetzte.

Anders als mit dem Thema Flucht/Migration gelang es Partei und Fraktion bei den Themen Klima und später Corona jedoch nicht, die Aufstiegs- und Erfolgsphase fortzusetzen. Über die eigene Anhänger*innenschaft hinaus scheint sie mit ihren Positionen nicht gepunktet zu haben. Umgekehrt ist es keiner der anderen Fraktionen gelungen, die AfD auf einem wichtigen Themenfeld so weit in die Defensive zu drängen, dass sie Probleme bei ihren Anhänger*innen bekommt. Sozialpolitisch hat sich die Fraktion klar als Teil des Eigentumsblocks von CDU/CSU bis zur FDP positioniert. Bei der Ablehnung von Mietendeckel und Mietpreisbremse wurde das genauso deutlich wie bei der Ablehnung der Stärkung der Tarifbindung oder von Vermögens- und Erbschaftssteuer. Aber mit gezielten Schaufensteranträgen zu Ost-Rente oder Leiharbeit gelingt es ihr immer wieder, ein anderes Bild zu erzeugen.

Die Familien- und Geschlechterpolitik hat sich als ein zentrales und strategisches Thema der Fraktion herausgebildet. Einerseits machen sich hier Flügelunterschiede in der Fraktion nicht so stark bemerkbar. Andererseits lassen sich völkische Politikansätze gut mit einer auf Geburtenförderung und klassischen Rollenmustern basierenden Natalitätspolitik verbinden und schließlich wird mit dem Kampf gegen »Gender-Gaga« noch einmal der vermeintlich kulturelle Gegensatz von Normalbevölkerung und Lifestyle-Elite befördert.

In vier Jahren Bundestag hat die AfD-Fraktion gut gelernt, mit gegensätzlichen Positionen in den eigenen Reihen umzugehen: NATO-Treue und Aufrüstung der Bundeswehr und gleichzeitig Freundschaft mit Russland; Ankläger*in eines islamisch geprägten Antisemitismus und gleichzeitig Verbreitung antisemitisch konnotierter Verschwörungserzählungen; »Klimaleugnung« und gleichzeitig Wahrer*in von Dorf und Natur. Solange die AfD nicht für konkrete politische Entscheidungen verantwortlich gemacht werden kann, scheinen ihr Widersprüche nicht zu schaden. Wie lange allerdings Provokation und Radikalisierung die Erwartungshaltung der Wähler*innen befriedigen, werden die nächsten vier Jahre zeigen.

#Faschismus

Let's talk about F...

von Andreas Speit

Die Formulierungen folgen auf die Positionierungen: »Weit rechts«, »noch rechter« oder »äußerst rechts«. Ein wiederkehrendes Ritual in Politik und Medien, wenn sich die AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alice Weidel, oder der AfD-Fraktionschef in Thüringen, Björn Höcke, mal wieder getreu ihrer Gesinnung eindeutig äußern. Ein Mantra, das auch nach Programmentscheidungen und Provokationen der selbsternannten »Alternative für Deutschland« (AfD), angestimmt wird. Wie rechts darf eine Person oder Partei im Land der Täter*innen und Mitläufer*innen aber sein? Immer weiter rechts – bis wohin?

Bürgerlich und roh

Keine Partei, die unter dem Label »Mut zur Wahrheit« Lüge um Lüge verbreitet, konnte nach 1945 die Bundesrepublik so weit nach rechts bewegen. Der gesellschaftlich-politische Kontext war schon lange vorher aus der Mitte der Gesellschaft mit vorangetrieben worden. Das Sag-, Wähl- und Handelbare haben nicht die Weißmanns und Kubitscheks allein nach weit rechts ausgedehnt. Die politischen Koordinaten verschiebt gerade ein ehemaliger Bundesverfassungsschutzpräsident und Bundestagskandidat aus der CDU ohne großen parteiinternen Widerspruch. Die Biografie und der Habitus aus der Mitte sind der Nimbus, der vor klaren Termini schützt. Das Böse ist nach Hannah Arendt bekanntlich banal – und bürgerlich. Elite und Mob, vereint im Pöbeln und Agieren gegen emanzipatorische Hoffnungen, egalitäre Ideen und demokratische Vorstellungen, könnten, statt erneut wieder als »jetzt aber weit rechts« eingeordnet, mal als faschistoid diskutiert werden.

Die Mitte faschistisch? Die AfD eine faschistische Partei? Bitte, geht es noch pauschaler, noch ungenauer? Die Mitte, das sind doch wir und das ist ja klar: Wir sind keine Faschist*innen! Die AfD, ihre Mitglieder und ihre Wähler*innenschaft ebenso nicht. Ein paar Ressentiments gegen Geflüchtete, gegen LGBTQI, Muslim*innen, Jüdinnen*Juden, Obdachlose oder Gutmenschen machen doch nicht gleich einen Faschismus. Viel Verständnis wird den sogenannten besorgten Bürger*innen immer wieder entgegengebracht. Sie sollen ja auch nicht mit zu harten Bezeichnungen verprellt werden. Das Hinterherlaufen ist allerdings hier und da langsam zu Ende.

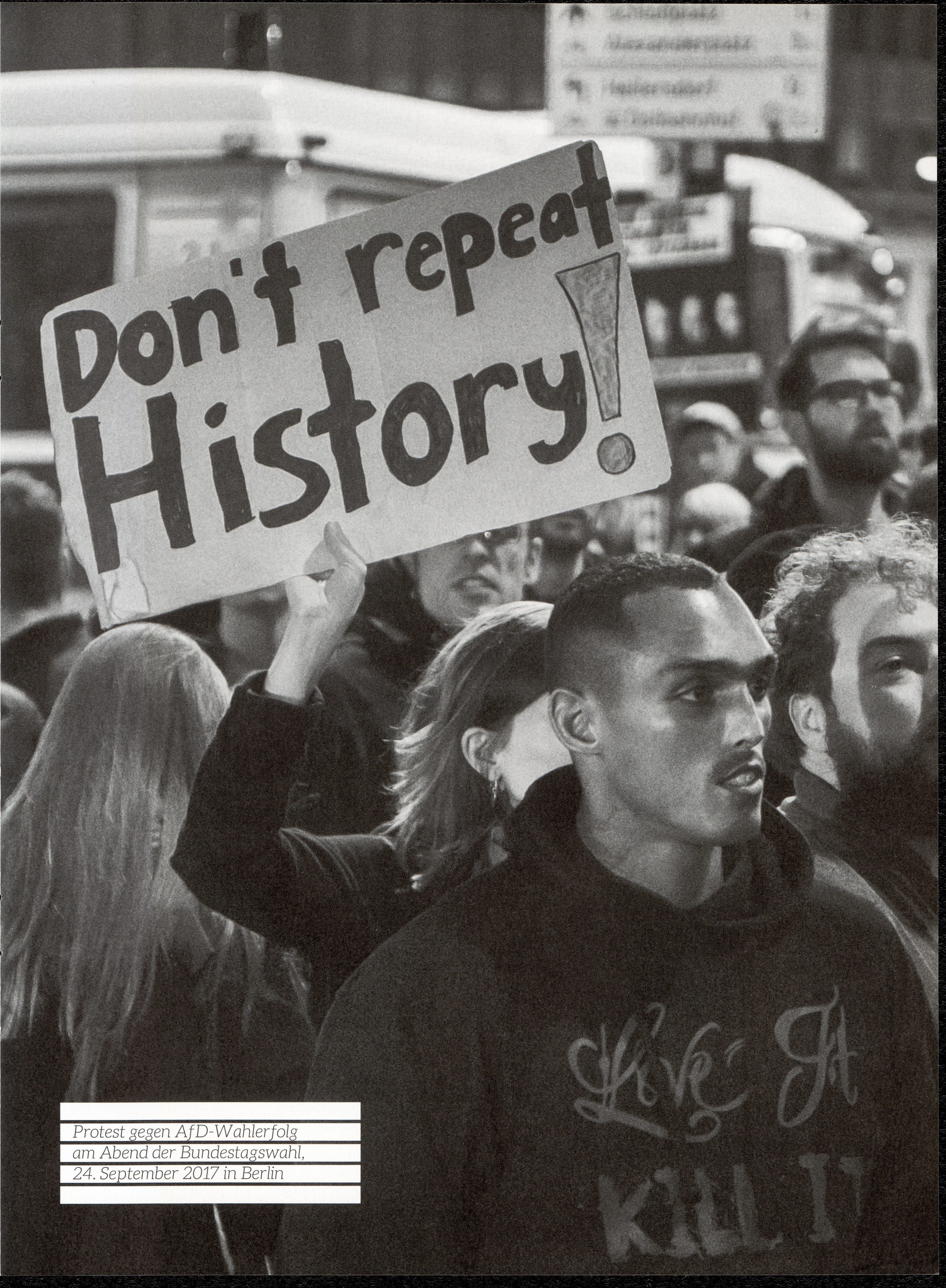
»NPD de luxe«

Im Februar dieses Jahres legte Robert Vehrkamp für die Bertelsmann Stiftung eine Analyse zu »Rechtsextremen Einstellungen der Wähler*innen vor der Bundestagswahl 2021« vor. Die Studie, für die 10.055 Teilnehmende online befragt wurden, offenbart, dass »,mehr als die Hälfte der AfD-Wählerschaft (...) latent oder manifest rechtsextrem eingestellt« ist. Die AfD sei »die erste mehrheitlich durch rechtsextreme Einstellungen geprägte Wählerpartei im Deutschen Bundestag«, so Vehrkamp. Und er hebt hervor: »Ihr ideologisches Wählerprofil ähnelt mehrheitlich eher der rechtsextremen NPD.« Der Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2017 sei noch »vor allem ein Erfolg rechtspopulistischer Wählermobilisierung im Schatten der Flüchtlingskrise gewesen«, vor der kommenden Bundestagswahl 2021 zeige sich jedoch, dass »die AfD als eine mehrheitlich durch rechtsextreme Einstellungen ihrer Wähler:innen geprägte Partei« zu bezeichnen ist, »deren rechtsextreme ihre ursprünglich eher rechtspopulistische Orientierung inzwischen dominiert«. Diese Partei zerstöre das »eigene Werte- und Rechtsfundament« der Republik, so Vehrkamp.

Diese AfD ist insofern keine Partei neuen Typs. Sie verachtet – getreu den alten Typen des Faschismus – die Werte einer humanistischen Zivilisation und emanzipatorischen Kultur. Die »Umwertung der Werte«, wie Friedrich Nietzsche gegen die bürgerliche Welt polterte, will sie vorantreiben. Aus dieser Intention erfolgen die gegenwärtigen Angriffe auf »die Gutmenschen«, wird eine Cancel-Culture beklagt. Wer mit einstimmt, ist selber schuld, wenn vermeintlich plötzlich unvorhersehbar keine Werte mehr schützen.

Ideologie-geschichtlich ist der Faschismus am Ende des Ersten Weltkriegs mit Benito Mussolini verortet. Das Signet seiner Bewegung in Italien war das römische Rutenbündel – lateinisch fasces – als Symbol des Zusammenhalts. Keine Frage, nicht alle Charakteristika »des Faschismus« finden sich bei der AfD. Schon die Unterscheidung von Bewegung und Staatsmacht weist auf Differenzen hin. Der Partei fehlt denn auch das unwidersprochene Führerprinzip und die paramilitärische Parteiorganisation. Doch müssen denn alle Affinitäten gegeben sein, um mit einer Klassifizierung zu provozieren? Die kulturstiftenden Mythen wie die der »deutschen Nation« oder die identitätsgenerierenden Erzählungen von dem »Großen Austausch« fehlen nicht. Die antreibende Motivation gegen Liberalität und Parlamentarismus ebenso wenig. Ein Totalitätsanspruch ist nicht minder gegeben.

Der von dem AfD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Alexander Gauland als »Seele« und »Mitte« der Partei bezeichnete Björn Höcke kann als Faschist bezeichnet werden. Ein Auftreten von ihm vor Parteipublikum belegt auch schon einen Personenkult, um »den Björn«, »den Höcke«. In den vergangenen Jahren ist der unumstrittene Führer des offiziell aufgelösten »Flügels« nicht nur unter #hoeckeisteinFaschist als solcher bezeichnet worden. Eine Klage folgte bisher nicht. In seinem Gesprächsband »Nie zweimal in denselben Fluss« von 2018 warnt Höcke nicht nur vor dem »Volkstod durch Bevölkerungsaustausch« und benennt Andersdenkende als »brandige Glieder«. Er stellt auch fest, dass bei der von ihm angestrebten Umwälzung »wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind« mitzumachen. Und, und, und. Wenn das die Seele der Partei ist, dann ist ihre Gesinnung klar.


Don't repeat
History!

Protest gegen AfD-Wahlerfolg am Abend der Bundestagswahl, 24. September 2017 in Berlin

#Türöffner

Der Bundestag als rechter Veranstaltungsort

Während das Vordringen von hunderten von »Reichsbürgern« im August 2020 auf die Reichstagstreppe viel Beachtung erfuhr, wird kaum bemerkt, wie die »Alternative für Deutschland« immer wieder die Tür des Bundestags für ihre Gäste und Freund*innen aus der extremen Rechten öffnet.

von Lucius Teidelbaum

Ende April 2021 durften Oliver Hilburger und Hans Jaus von der rechten Pseudo-Gewerkschaft »Zentrum Automobil« beim »Nighttalk« des bayrischen Bundestagsabgeordneten Petr Bystron im Bundestagsgebäude auftreten. Jaus war ab November 1991 Bundesschatzmeister der 1994 verbotenen »Wiking-Jugend« (WJ). Damit hatte es ein ehemaliger WJ-Funktionär über einen Umweg bis in den Bundestag geschafft. Das war kein Einzelfall.

Schau mal, wer da spricht

Zwischen Februar 2018 und Juni 2021 veranstaltete die »Alternative für Deutschland« (AfD), nach einer unabhängigen Zählung des Autors, mindestens 52 unterschiedliche Veranstaltungen, zu der partei-externe Expert*innen eingeladen wurden. Veranstalterinnen sind entweder die gesamte Fraktion, eine einzelne AfD-Landesgruppe, die »Desiderius-Erasmus-Stiftung« oder einzelne Bundestagsabgeordnete. Im letztgenannten Fall ist es einfacher, sich von in die Kritik geratenen Personen zu distanzieren. Die Themen entsprachen meist dem üblichen Schema der AfD: Linksextremismus, der Islam, Christenverfolgung, Klimawandelleugnung und eine Kritik von Rechts am sogenannten »Verfassungsschutz«, instrumentalisierte Frauenrechte oder ein instrumentalisierter Anti-Antisemitismus. Traten manchmal mehrere partei-externe Referent*innen auf, waren es zumeist Einzelpersonen. Einige schafften es sogar, mehrmals im Bundestag für die AfD aufzutreten: Christian Jung als Experte zum Thema »Linksextremismus« sowie Josef Schüßlburner und Helmut Roewer als Experten zum Thema »Verfassungsschutz«.

Aber auch geschichtsrevisionistische Veranstaltungen gehören in das Angebot der Rechtsradikalen. So hielt am 11. Dezember 2019 der US-Professor Bruce Gilley im AfD-Fraktionssaal den Vortrag »Die

Bilanz des deutschen Kolonialismus. Warum sich die Deutschen nicht für die Kolonialzeit entschuldigen müssen und erst recht nicht dafür bezahlen müssen!«. Veranstalter waren die Abgeordneten Petr Bystron, AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, und Markus Frohnmaier, entwicklungspolitischer Sprecher der AfD.

Unterschiedliche Bezeichnungen der Veranstaltungen sollten dem jeweiligen Charakter und der erwünschten Außenwirkung Rechnung tragen. Zu »Symposien« wurde geladen, um etwa den verhandelten Themen Klima oder Corona einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen. Ein hochtrabend bezeichneter »1. Alternativer Frauenkongress« fand im November 2018 in den Räumen des Bundestags statt, organisiert von der AfD-Referentin Leyla Bilge. Die Referent*innen kamen zum größten Teil aus der Partei selbst. Der »2. Alternative Frauenkongress« fand dann im März 2020 in einer weniger prominenten Umgebung im Stadthaus Elsterwerda statt.

Auch Konferenzen werden von der AfD im Bundestag abgehalten, so fand zum Beispiel am 11. Mai 2019 die »1. Konferenz der freien Medien« mit Vertreter*innen rechter analoger und digitaler Medien (Print, Blogs, Vlogs) statt. Diesmal war die AfD nicht die alleinige Veranstalterin. Als Mitveranstalter fungierten: »Compact«, »Philosophia Perennis«, »PI-News«, »Opposition 24«, »Deutschland Kurier«, »Die Unbestechlichen«, »Freilich«, »Okzident Media«, »Klagemauer-TV« und die »Vereinigung freie Medien«. Vor Ort vertreten waren unter anderem auch »Ein Prozent« und das »Arcadi-Magazin«. Die AfD-Bundestagsfraktion unterstützte die Veranstaltung finanziell mit einem vierstelligen Betrag. Am 10. Oktober 2020 fand, wieder im Bundestag, die »2. Konferenz der Freien Medien« in deutlich kleinerem Rahmen statt.

Durch die Einladungen der AfD erhalten neu-rechte Organisationen wie »Ein Prozent«, das »Institut für Staatspolitik« (IfS) oder die »Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.« (SWG) Zugang zu Räumen im Bundestag. So konnte Philip Stein, Leiter von »Ein Prozent«, am 4. Juli 2018 für die AfD-Landesgruppe Sachsen-Anhalt vor 60 Personen im Bundestag zum Thema »Linke Förderstrukturen und der neue ›Kampf gegen Rechts‹« referieren. Mit dabei waren die ehemaligen Neonazi-Kader Michael Schäfer und Julian Monaco. Damit schafften es ehemalige NPD/JN-Mitglieder in den Bundestag, wenn auch nur als Gäste. Die SWG tauchte sogar als Mitveranstalterin unter einer Ankündigung zu dem Vortrag »Wie viel Klimawandel macht der Mensch?« von Dr. Sebastian Lüning, dem Autor von »Die kalte Sonne«, am 28. Januar 2019 im Bundestag auf.

Internationalistische Vernetzung

Von der Möglichkeit, den Bundestag als symbolträchtigen Veranstaltungsort für internationales Publikum zu nutzen, macht die AfD ebenfalls Gebrauch, dienen solche Treffen doch auch immer der länderübergreifenden Vernetzung. So fand etwa vom 1. bis zum 3. April 2019 eine dreitägige »Wertekonferenz im Bundestag« mit bis zu 70 Personen statt, veranstaltet vom AfD-Bundestagsabgeordneten Christian Wirt.

Die Teilnehmer*innen kamen aus Estland, Lettland, Litauen, Serbien, Slowakei, Österreich und Großbritannien. Wenig überraschend sind Veranstaltungen mit Vertreter*innen der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), wie Walter Rauch, Christian Hafenecker oder dem ehemaligen österreichischen Innenmister und jetzigen FPÖ-Vorsitzenden Herbert Kickl. Man teilt Ideologie und Sprache miteinander und stellenweise nimmt die Jahrzehnte ältere FPÖ eine Vorbildrolle für die AfD ein.

Auch zur Klimawandelleugnung referierten am 14. Mai 2019 internationale Gäste im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestags. Dort veranstaltete der umweltpolitische Sprecher der AfD Karsten Hilse ein »Alternatives Klimasymposium«. Dazu eingeladen wurden Lord Christopher Monckton (UK), Thomas Wysmuller (USA), Prof. Dr. Henryk Svensmark (Dänemark) und Prof. Gernot Patzelt (Österreich).

Win-Win durch Heimvorteil

Spätestens seit Februar 2018 lädt die AfD zu Veranstaltungen in die Gebäude des Bundestags, wie dem Paul-Löbe-Haus, bei denen auch Personen auftreten, die nicht zur Partei gehören. Der Bundestag ist durch die AfD zu einem rechten Veranstaltungsort geworden. Ausgewählte Aufzeichnungen werden live gestreamt oder später online gestellt, um den Wirkungskreis zu erweitern. Anders als in Gaststätten, Stadthallen oder anderen öffentlich zugänglichen Räumen gibt es hier keinen Protest gegen die AfD-Veranstaltungen. Sie finden abseits einer kritischen Öffentlichkeit statt, auch wenn einzelne Veranstaltungen Kritik in den Medien erfahren haben. Die Partei profitiert jedoch von einer sympathisierenden und mobilisierenden Berichterstattung durch rechte Medienschaffende. Mit ihren Angeboten kann sie außerdem zur Anbindung unterschiedlicher Strömungen der konservativen, christlichen und extremen Rechten an die AfD beitragen. Auch für die Referent*innen, die der Partei angehören oder dauerhaft bei ihr beschäftigt sind, bieten sich neben dem Austausch mit Gleichgesinnten Vorteile. Ihr ideologischer Input in die Partei kann sich zum Beispiel in Form von Anfragen wiederfinden. Nicht unterschätzt werden darf auch das Renommee, als Expert*in im Bundestag aufgetreten zu sein. Das gilt gerade für bisher eher unbekannte Blogger*innen und YouTuber*innen. Auch der Zugang zu AfD-eigenen Mediennetzwerken – die YouTube-Kanäle erreichen in der Regel mehrere tausend Klicks – trägt dazu bei. Und letztendlich winkt in der Regel ein Honorar.

Mit dem Einzug in den Bundestag hat sich die AfD eine Möglichkeit erschlossen, mit wenig Aufwand störungsfreie Veranstaltungen zu organisieren. Dass die Partei sich nicht darauf beschränken wird, das Parlament als Bühne für rechte Propaganda zu nutzen, hat sie im November 2020 gezeigt. Während einer Demonstration gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben Abgeordnete der AfD einigen »Querdenkern« den Zutritt zum Parlament gewährt; diese bedrängten daraufhin Abgeordnete der anderen Parteien und versuchten diese einzuschüchtern.

#Angriff

»Rote Linien ziehen«

Wie umgehen mit der »Alternative für Deutschland« in den Parlamenten? Diese Frage wird seit ihrem Einzug kontrovers diskutiert. Die Bundestagsabgeordnete Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) hat die AfD-Bundestagsfraktion fast vier Jahre lang erlebt. Sascha Schmidt hat im Juni 2021 mit ihr für »der rechte rand« gesprochen.

drr: Nach dem Einzug der AfD in den Bundestag im September 2017 kündigte der damalige Vorsitzende Alexander Gauland vor laufenden Kameras an: »Wir werden sie jagen.« Hat die Partei ihre Drohung wahr gemacht?

Renate Künast: Obwohl Gauland auch immer wieder versucht, sich einen bürgerlichen Anstrich zu geben, hat er damit gesagt, was er will. Bei dem Wort »jagen« sieht man Menschen laufen und man weiß, dass es auch um die Zerstörung von Menschen geht. Das war auch symbolisch aufs Parlament gerichtet und heißt dann: Wir werden sie verjagen und wir werden den Parlamentarismus zerstören – und damit eine Basis der Demokratie. Sie haben es versucht. Ich weiß noch, wie im Februar 2018 in unserer und auch in anderen Fraktionen eine sehr intensive Debatte darüber entstand, wie man mit dem Getöse, das die AfD veranstaltet, umgehen soll. Es ist ja so: Man sitzt regelmäßig im Plenum – manchmal von morgens um neun bis nach Mitternacht – und alle fünfundvierzig Minuten kommt ein Beitrag von denen. Und wenn jedes Mal alle darauf reagieren und sich distanzieren von diesen menschenverachtenden Dingen und Ungeheuerlichkeiten, geht dafür die ganze eigene Energie drauf. Nach ein paar Sitzungen hat man es dann verstanden. Wir haben uns entschieden, nur noch begrenzt darauf einzugehen, weil wir ihre Provokationen nicht weiter vorantreiben wollen. Bei Geschäftsordnungsanträgen wird dann schon mal entschieden, dass einer die Gegenrede macht und nicht jede Fraktion – weil uns das sonst nur aufhält. Wenn jeder fünf Minuten Gegenrede hält, wird das nachts immer länger und genau das ist das Interesse der AfD. Aber wenn man sich ständig dieses Zeug anhören muss, geht das nicht spurlos an einem vorbei. Zumal es nur ganz wenige sachliche Reden von der AfD gibt. Und bei denen kannst du dann vor Langeweile einschlafen. Aber ansonsten: Abwertung und Hetze. Wenn sie versuchen mal jemanden zu loben, wird gleichzeitig gesagt: »Alle anderen sind Idioten.« Das ist schon anstrengend. Aber treiben lassen wir uns nicht.

Sie haben angedeutet, dass es Absprachen zwischen den Fraktionen gegeben hat. Gab es zwischen den Fraktionen auch einen Solidarisierungseffekt oder einen Schulterschluss gegen die Angriffe der AfD?

Wir haben ja eine Masse an Aufgaben. Dann kamen Corona, Gerichtsentscheidungen zum Thema Klima, darauf muss man reagieren. Politik ist ein schnelles Geschäft, wo immer zusätzliche Themen kommen. Ja, es gibt eine Kooperation, um das Parlament arbeitsfähig zu halten. Das finde ich schon einen positiven Punkt. Als ich Anfang 2018 wochenlang wegen eines Beinbruchs pausierte, fiel mir auf, wir verwenden zu viel Zeit dafür. Damit am Ende die Leute nicht sagen: »Ihr kümmert euch nicht um unsere Kinder, um soziale Fragen und um Jobs!« Zudem sind die Medien am Anfang über jede Provokation gesprungen. Anfangs wurden deren Aktivitäten, egal ob bei Twitter oder im Plenum, zehnmal durch die Republik gesendet. Das war ein Problem. Im Ergebnis meine ich, dass nicht nur wir uns im Parlament überlegen müssen, wie wir damit umgehen, sondern auch die Zivilgesellschaft und die Medien müssen sich fragen, ob man sich vor jeden Karren der AfD spannen lässt.

In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2017 hatte die AfD Ihre Partei als den »eigentlichen Gegner« und die »Verkörperung der ›68er‹« bezeichnet. War überwiegend Ihre Fraktion den Angriffen ausgesetzt oder richteten sich diese gegen alle Fraktionen im Bundestag?
Also ich erlebe es schon so, dass wir besonders bedacht werden. Aber der Unterschied ist jetzt auch nicht riesig. In Wahrheit ist das Parlament für die AfD ein Aufnahmestudio für YouTube-Videos, um Menschen aufzuhetzen und bestimmte Thesen endlos wiederzugeben. Mit allen Tricks, die sie dann anwenden. Was aber auffällt ist, dass sie in klarer rechtsextremer Manier Misstrauen gegenüber den handelnden Personen und Mitgliedern der Regierung säen. Und dann gibt es einige Personen, über die sie sich besonders abwertend äußern. Sie wenden sich zum Beispiel besonders gegen Frauen und uns ›Grüne‹.

Gerade mit Blick auf den Sexismus und Antifeminismus der AfD – wie geht die Fraktion mit Frauen um?
Politisch aktive Frauen sind ihnen ein besonderer Dorn im Auge. Insbesondere, wenn diese sich unbeeindruckt von den Angriffen zeigen und selbstbewusst durch die Welt laufen. Da merkt man schon: das reizt sie. Und dann fangen sie an, sich besonders abwertend über diese Personen zu äußern. Wenn du als Frau bei denen einen Zwischenruf machst, kriegst du garantiert eine abwertende Äußerung, die dann immer persönlich ist.

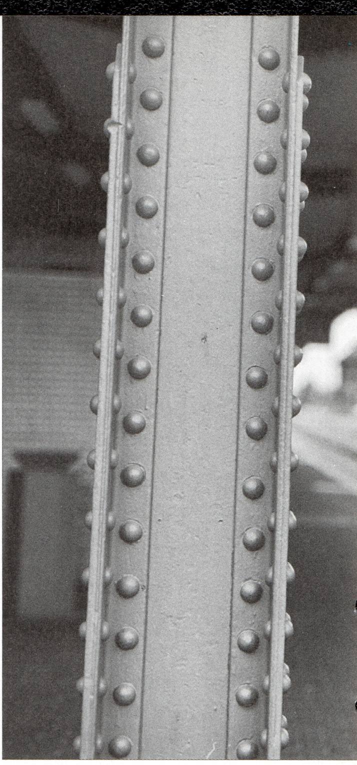
Sie haben angesprochen, wie die AfD den Bundestag als Plattform nutzt. Man hört aber immer wieder, dass es auch außerhalb des Plenums, auf den Fluren beispielsweise, Rempeleien oder ähnliche Provokationen gab. Haben Sie solche Erfahrungen gemacht?
Ich persönlich bin noch nicht angerempelt worden. Ich höre aber von anderen, dass es verbale Übergriffe, Anrempeleien und Pöbeleien gab. Ich weiß auch, dass ein besonderes Leid die FDP-Frauen haben, die direkt neben denen sitzen und alles hören, was die von sich geben. Das bekommen andere oft gar nicht mit. Und es gibt die Geschichte, dass Gäste oder auch Abgeordnete der AfD Videos mit dem Handy drehen, beispielsweise an der Wahlurne. Das ist schon ein komisches Gefühl, denn du weißt: Sie wollen daraus jetzt ein Hetzvideo machen. In dem Augenblick weißt du: Der will gegen dich hetzen und du weißt nicht, wie weit das geht, welchen Shitstorm sie damit provozieren. Und wir wissen ja alle, dass der Übergang von der digitalen Welt in die analoge kurz ist.

Dann gibt es eine andere Variante, das ist besonders abstoßend: Wenn sie sich teilweise richtig einschleimen. Also nicht nur, dass sie eine Zeit lang versucht haben, sich als bürgerliche Partei zu gerieren. Eine Rechnung, die nicht aufging. Sie schleimen sich dann ein, im Sinne von: »Wir können uns doch da, wo wir einer Meinung sind, gegenseitig unterstützen.« Ich habe klar gesagt, dass in meinem Lebensplan nicht vorgesehen ist, dass ich jemals in meinem Leben einen Antrag der AfD unterstütze. Sie sind doch die Partei, die Hass und Hetze und Drohungen gegen mich unterstützt und jetzt soll ich mit ihnen zusammenarbeiten? Die AfD hat die Atmosphäre hier schon massiv verändert. Es hat so abwertende Formen angenommen, dass wir hier wirklich den Parlamentarismus verteidigen müssen. Wir hatten hier Demos, wo Corona-Leugner*innen versucht haben, Polizeisperren zu durchbrechen. Da wurden alle Türen des Reichstages geschlossen. Als dann AfDler Leute eingeschleust haben, angebliche Journalisten, die dann Räume gestürmt haben, haben sich viele Mitarbeiter*innen sicherheitshalber eingeschlossen. Nie habe ich so viel nachgedacht wie jetzt über die Frage: Wie war das eigentlich damals, als es mit der NSDAP anfing?

Daran anschließend, zu der kontrovers diskutierten Frage der Bewertung der AfD: Wenn Sie die Partei mit einem politischen Etikett versehen müssten, welches wäre das?
Sie sind Rechtsextreme. Weil sie alle Facetten davon darstellen. Sie haben das Interesse, Parlamentarismus, demokratische Strukturen und Prozesse zu zerstören. Sie akzeptieren die Würde jedes einzelnen Menschen und die Gleichheit der Menschen nicht. Sie sind islamophob, homophob, antisemitisch und antifeministisch. Die Rechtsextremen haben mittlerweile die Partei übernommen.

Es gibt ja die These, dass der Parlamentarismus die Radikalen einhegen könne. Wenn Sie auf die vergangenen vier Jahre und die AfD-Fraktion zurückschauen: Hat sich deren Auftritt, im Umgang mit anderen Abgeordneten und im Sinne einer Versachlichung, verändert? Man könnte ja meinen, dass irgendwann die Provokation auch nicht mehr selbstbefriedigend wirken kann.
Künast: Ich glaube, dass denen die Autosuggestion reicht, dass sie erfolgreich sind. Deren Interesse ist ja gar nicht, innerhalb des Parlamentarismus erfolgreich zu sein, sondern Bilder zu schaffen, wie »wir werden sie jagen«, um Menschen aufzuhetzen. Sie haben überhaupt kein Bedürfnis, innerhalb des Parlamentarismus Erfolg zu haben, weil sie ja einen autoritären Staat wollen. Da gibt es keine Einhegung. Aber es wird kein Parlament geben, das dem Problem alleine entgegenwirken kann. Wenn wir das glauben, hätten wir die Rechnung ohne die systemrelevante engagierte Zivilgesellschaft gemacht. Und die brauchen wir. Ohne die geht es gar nicht. Die rote Linie müssen wir gemeinsam ziehen.

Vielen Dank für das Interview!



#Landtag

»Für eine Ausgrenzungsstrategie«

Wie veränderte die »Alternative für Deutschland« die Arbeit im Thüringer Landtag und was wäre der richtige Weg, um die rechtsradikale Partei im Parlament zu stoppen? Darüber sprach »der rechte rand« mit Christian Schaft. Er ist seit 2014 Mitglied des Thüringer Landtags für Die Linke.

drr: In der Thüringer »Alternative für Deutschland« (AfD) dominiert der völkische »Flügel«. Vertreter der radikalen Rechten, wie Björn Höcke oder Stephan Brandner, prägen das Bild der Partei seit vielen Jahren. Wie tritt die AfD im Thüringer Landtag auf?

Christian Schaft: 2014 zog die AfD mit elf Abgeordneten in den Thüringer Landtag ein, nach Austritten waren später nur noch acht Mitglieder der Fraktion übrig. Mit der Partei zog in die Parlamentsdebatten eine ganz andere Atmosphäre ein. Das zeigte sich auch an der deutlich höheren Zahl an Ordnungsrufen und Rügen in den Debatten durch das Parlamentspräsidium. Schon in der ersten Legislaturperiode von 2014 bis 2019 wurde klar, dass die AfD das Parlament im Wesentlichen als Bühne für ihre Hetze und Propaganda versteht. Das zeigt sich auch immer wieder an dem riesigen Unterschied zwischen ihrer Arbeit in den Ausschüssen und ihrem Auftreten in den öffentlichen Parlamentsdebatten. In den weniger öffentlichen Ausschüssen glänzte sie oft mit Abwesenheit oder ihre Abgeordneten sagten dort einfach nichts. In den Plenumsdebatten erlebten wir dann Phrasendrescherei aus dem AfD-Programm und bei bestimmten Themen, wenn es zum Beispiel um Migration ging, offen rassistische Hetze. Durch das Anwachsen der Fraktion auf 22 Abgeordnete nach der Wahl 2019 wurde das nicht besser.

Wird die Arbeitsfähigkeit des Parlaments durch dieses Agieren der AfD eingeschränkt?

Ja, durchaus. Das hat sich nun in der kurzen Legislaturperiode seit Ende 2019 noch einmal deutlich gezeigt. In den letzten Monaten ist – sicherlich auch mit Blick auf die möglichen Neuwahlen im Herbst – das Parlament mit einer Flut von Anträgen und Gesetzentwürfen der AfD beschäftigt. Viele Anträge von den rot-rot-grünen Fraktionen, der Landesregierung oder auch der CDU, über die man ja in einer sachlichen Debatte streiten könnte, gehen dabei unter. In der Vorwahlkampfzeit versucht die AfD nun auch stärker, populäre Themen aufzugreifen, wie zum Beispiel die Abschaffung der automatischen Erhöhung der Diäten für die Abgeordneten – das ist schon lange eine Forderung der Linken. Die AfD versucht damit, die Regierungsfraktionen und die demokratische Opposition vor sich herzutreiben und sich so als einzige angeblich nicht-etablierte Partei darzustellen. Exemplarisch für ihr aktuelles Agieren war der Streit um zwei Untersuchungsausschüsse Anfang Juli dieses Jahres. Die AfD zog da ihren eigenen Antrag auf einen Untersuchungsausschuss zu den Auswirkungen der Treuhand-Privatisierungen in den 1990er Jahren wieder zurück und ließ damit die CDU in eine Falle laufen. Denn die hatte auch einen Untersuchungsausschuss zu einem anderen Thema beantragt, nämlich zu politischer Gewalt aus Anlass der Brandserie in rechten Immobilien in Thüringen. Die AfD hätte durch das Zurückziehen ihres Antrags den Vorsitz des Ausschusses zu politischer Gewalt übernehmen können. Der ganze Vorgang war ein Trauerspiel! Denn um den AfD-Vorsitz zu verhindern, brachte nun die CDU den AfD-Antrag zur Treuhand ein. Da hat sich gezeigt, wie die CDU der AfD auf den Leim geht und sich am Nasenring durch die Manege ziehen lässt. Die Arbeitsfähigkeit des Parlaments wird so auch ganz bewusst beeinträchtigt.

Immer wieder werden Abgeordnete anderer Fraktionen durch Vertreter*innen der AfD angegriffen, teils sehr persönlich und verleumderisch. Was ist das politische Ziel und die Strategie solcher Angriffe?
Die persönliche Integrität der Personen soll angegriffen werden. Ein Beispiel: Seit 2015 wird durch die AfD immer wieder das Bild vom Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow gebracht, als er 2015 in Saalfeld den dort ankommenden Zug mit Hunderten geflüchteten Menschen persönlich am Bahnsteig empfangen hat und er wird in dem Zusammenhang von Rechts als »Inshallah Bodo« bezeichnet. Auch die Abgeordnete Katharina König-Preuss wird immer wieder diffamiert, weil sie nun einmal das prominente Gesicht der Thüringer Linksfraktion für den Bereich Antifaschismus und Antirassismus ist. Auch die Vorsitzende des Petitionsausschusses Anja Müller gerät in das Visier der AfD, weil sie auch den Vorsitz der Härtefallkommission innehat und dort darum bemüht ist, Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, hier eine Perspektive zu geben.

Im Wesentlichen ist es immer wieder der Versuch, das Bild der Linken als »linksradikal« oder als »links-grün versifften Antifa-Apparat« zu zeichnen – gestützt durch die Regierung Ramelow. Auch demokratische Initiativen der Zivilgesellschaft geraten ins Visier. Es gibt zum Beispiel in Arnstadt im Ilmkreis ein sehr aktives antifaschistisches Aktionsbündnis »Zaunrüttlär«. Die werden vom AfD-Abgeordneten Olaf Kießling regelmäßig mit »Kleinen Anfragen« an die Regierung mit Fragen über deren Arbeit malträtiert und so ins Licht der Öffentlichkeit gezogen. Genauso geraten auch immer wieder andere Gruppen in den Blick der AfD und der extremen Rechten. Da gibt es offenbar die klare Zielstellung, die Leute zu diffamieren und zur Zielscheibe der Öffentlichkeit und insbesondere der eigenen Anhänger*innen zu machen.

Richten sich die Angriffe gegen alle Abgeordneten und Fraktionen der demokratischen Parteien oder gibt es Muster, wer am häufigsten ins Visier gerät und warum?
Bei den Fraktionen stehen vor allem wir als Linke und die Grünen im Fokus, die SPD teils auch. Die CDU eher selten – aber doch auch immer dann, wenn sich zum Beispiel konservative Abgeordnete deutlich gegen die AfD positionieren. Es ist auch erkennbar, dass vor allem Frauen – und hier noch einmal stärker junge Frauen – verschiedener Fraktionen öfter und stärker angegriffen werden. Das belegt auch noch einmal die antifeministische Politik der AfD.

Wie reagieren die demokratischen Parteien und die Gesellschaft auf das polarisierte Klima im Parlament und die Angriffe? Welcher Umgang wäre empfehlenswert, um die AfD in ihrer politischen Wirkung einzuschränken?
Im Parlament werden die Angriffe und Diffamierungen in den Debatten und den öffentlichen Diskursen zumindest durch die rot-rot-grünen Fraktionen zurückgewiesen. Zunehmend gefährlich finde ich aber den Umgang der CDU mit der AfD. Das haben ja auch die Ereignisse vom 5. Februar 2020 gezeigt, als mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD Thomas Kemmerich zum kurzzeitigen Ministerpräsidenten gewählt wurde. Die Aufstellung von Hans-Georg Maaßen in Südthüringen als CDU-Bundestagskandidat ist nur ein weiteres Beispiel für die politische Ausrichtung der Partei in Thüringen. Aber auch im Parlament sieht man immer wieder, dass es wenig Berührungsängste gibt. Da ist immer mal wieder der eine oder andere Abgeordnete der CDU im netten Plausch mit Leuten von der AfD zu sehen. Letztens hatte der Abgeordnete Torsten Czuppon von der AfD einigen Abgeordneten der CDU T-Shirts geschenkt und überreicht. Wenn also der CDU-Fraktionsvorsitzende Mario Voigt sich in seinen Reden noch klar gegen die AfD positioniert, ist die vermeintliche »Brandmauer gegen rechts« aber im politisch-zwischenmenschlichen Umgang zwischen der AfD und den Konservativen nicht so stabil. Ich sehe die Gefahr, dass Anträge der AfD peu à peu von CDU und eventuell auch der FDP mal mit in die Ausschüsse zur weiteren Bearbeitung überwiesen werden oder ihnen vielleicht gar zugestimmt wird. So findet Stück für Stück eine Normalisierung der Parlamentsarbeit der AfD statt. Die Forderung, mit der Partei zusammenzuarbeiten gibt es ja schon länger und sie wird begründet mit dem Argument, man könne nicht ein Viertel der Wähler*innen in Thüringen ignorieren. Aber die AfD benutzt das Parlament doch nur als Bühne. Sie verachtet das Parlament, in dem sie sitzt. Sie hat kein Interesse daran, dort auch inhaltlich zu arbeiten. Und man muss vor allem immer wieder deutlich machen, wer dort eigentlich sitzt: Die AfD in Thüringen ist eine klar faschistische Fraktion. Und deswegen muss man eine klare Strategie der Ausgrenzung fahren, um der AfD nicht die Möglichkeit zu geben, die parlamentarische Arbeit mitzugestalten und andere Parteien vor sich herzutreiben. Aus meiner Sicht gibt es keine Alternative zur Ausgrenzung.

Vielen Dank für das Interview!

Die Machenschaften der AfD

Von Kokain-Schmuggel, Körperverletzungen und Holocaustleugnung

Rassismus und völkischer Nationalismus durchziehen die AfD ebenso wie Gewalttaten und kriminelle Machenschaften. Und das von der Spitze bis zur Basis. Wir haben 15 Fälle zusammengetragen, in denen gegen AfD-Politiker*innen ermittelt wurde oder immer noch wird. Vom eigenen Wahlspruch »Mut zur Wahrheit«, der angepriesenen Alternative zu den »Altparteien« und der angeblichen Gewaltfreiheit bleibt da nichts übrig. Oder wie es jüngst selbst von einem rechten Lobbyisten hieß: »Die AfD ist keine Partei, sondern eine Versorgungschance für gescheiterte Existenzen.«

1. Platz Markus Mössle

Bewaffnete Banküberfalle

Mit dem AfD-Listenplatz 1 zur Gemeinderatswahl in Ulm gewinnt Markus Mössle im Mai 2019 einen Sitz. In den 1980er Jahren hatte er bewaffnet Bankfilialen und einen Sexshop ausgeraubt, stand mit dem Neonazi Michael Kühnen in Kontakt und wollte für die NPD in den Bundestag.

2. Platz Jan-Ulrich Weiß

Steuerhinterziehung

Der damalige Brandenburger AfD-Landtagsabgeordnete Jan-Ulrich Weiß wird im Februar 2018 wegen Schmuggels von 5,8 Millionen unversteuerten Zigaretten zu 22 Monaten auf Bewährung verurteilt. Der Steuerschaden betrug mehrere hunderttausend Euro.

3. Platz Alice Weidel

Illegale Parteispenden

Die Fraktionschefin der AfD im Bundestag Alice Weidel hat 2017 von Strohmännern aus der Schweiz 132.000 Euro unrechtmäßige Spenden erhalten. In einem weiteren Fall bekam die AfD 36.000 Euro geschenkt. Dafür muss die Partei rund eine halbe Million Euro Strafe zahlen.

4. Platz Christian Kühner

Schuss aus Reizgaspistole

Der damalige Schatzmeister der hessischen AfD-Jugend »Junge Alternative«, Christian Kühner, brüllt im Oktober 2017 auf der Zeil in Frankfurt: »Sind wir denn jetzt in Bagdad? Nur noch Scheißkopftücher hier!«, und schießt einem Studenten mit einer Reizgaspistole ins Gesicht.

5. Platz Dubravko Mandic

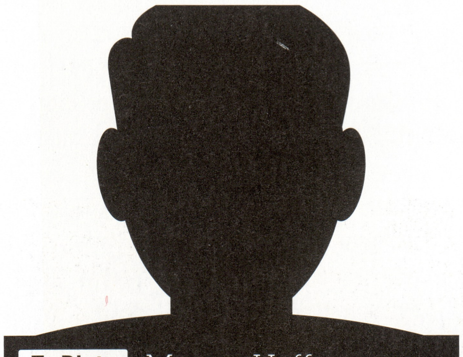
Gefährliche Körperverletzung

Im Mai 2019 griff der damalige AfD-Politiker Dubravko Mandic einen Fahrradfahrer mit einer Eisenzange und Pfefferspray an, nachdem dieser zwei bedrohten Antifaschist*innen helfen wollte. Dafür wurde der Rechtsanwalt zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt.

6. Platz Robert Hagerman

Messerangriff

Am 12. Juli 2021 soll der Freiburger AfD-Politiker Robert Hagerman zwei Antifaschist*innen verfolgt und mit Pfefferspray angegriffen haben. Als ein 61-jähriger Autofahrer den Attackierten zu Hilfe kam, stach er auf diesen ein. Die Polizei ermittelt aktuell gegen alle Beteiligten.



7. Platz Marcus Hoffmann

Kokain-Schmuggel

Der Ex-Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Cuxhaven, Marcus Hoffmann, soll versucht haben, insgesamt 96 Kilo Kokain ins Land zu schmuggeln. Der Gesamtwert: 8 Mio. Euro. Im November 2020 hat die Staatsanwaltschaft Bremen Anklage erhoben. Ihm drohen zwei bis 15 Jahre Haft.

8. Platz Thomas Prinz

Betrug

Im Juli 2020 wird der Freitaler AfD-Funktionär Thomas Prinz wegen Betrugs zu einer Geldstrafe verurteilt. Er hatte zwei Überfälle erfunden. Das Stadtratsmitglied blieb dem Prozess wiederholt fern. Seine Vorstrafen umfassen u.a. Nötigung, Zuhälterei, Steuerbetrug und Schmuggel.

9. Platz Alexander Gauland

Steuerhinterziehung

Seit März 2019 ermittelt die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main wegen Steuerhinterziehung gegen den AfD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Alexander Gauland. 2020 folgte eine Hausdurchsuchung und die Aufhebung seiner Immunität. Das Verfahren ist derzeit ausgesetzt.

10. Platz Christian Lüth

Schlag ins Gesicht

Im November 2019 schlug der damalige Pressesprecher der AfD-Bundestagsfraktion einer Fahrradfahrerin ins Gesicht. Das Gerichtsverfahren wurde gegen eine Geldzahlung eingestellt. Mitte 2020 erstattete eine weitere Frau Anzeige wegen Körperverletzung gegen ihn.

11. Platz Daniel Freiherr v. Lützow

Steuerhinterziehung

Vor dem Amtsgericht Potsdam ist der Vize-Fraktionsvorsitzende der AfD im Landtag von Brandenburg wegen Steuerhinterziehung angeklagt. Er soll zwischen 2015 und 2017 über 50.000 Euro unterschlagen haben. Seit September 2019 ist er Landtagsabgeordneter. Der Prozess läuft.

12. Platz Bodo Radtke

Volksverhetzung

Der AfD-Stadtverordnete im brandenburgischen Oranienburg, Bodo Radtke, wird vom dortigen Amtsgericht im Mai 2021 zu einer Geldstrafe von 2.700 Euro verurteilt, nachdem er im Internet Holocaustleugnung betrieben hat.

13. Platz Heiner Rehnen

Urkundenfälschung

Im März 2017 verschickte der damalige Landesschriftführer der AfD-Niedersachsen, Heiner Rehnen, gefälschte Briefe mit dem Briefkopf der staatlichen Landeswahlleiterin an seine eigene Partei. Darin bestätigte er den angeblichen Eingang der Kandidatenliste für die Bundestagswahl.

14. Platz Carsten Härle

Volksverhetzung

Das Amtsgericht Offenbach verurteilt den AfD-Fraktionschef im hessischen Heusenstamm, Carsten Härle, wegen Volksverhetzung im Mai 2021 zu einer Geldstrafe von 4.200 Euro. Er hatte bei Facebook den Holocaust geleugnet: »Duschköpfe mit Zyklon B hat es nie gegeben«.

15. Platz Thorsten Prenzler

Urkundenfälschung

Die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt seit Januar 2021 gegen den Geschäftsführer der AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft und einstigen CDU-Politiker, Thorsten Prenzler, wegen des Verdachts der Urkundenfälschung und des Betrugs in mehreren Fällen.

© AntifaMagazin

Ortseingang in Freital, Sachsen, Juni 2021

#180Grad

AfD & Corona: »Wir haben keine Pandemie«

von Andreas Speit

Ein Schlag, ein Tritt. Der Angriff kam für Bürgermeister Hans-Dieter Schneider ohne Vorwarnung. Bei einer Sitzung des Kreistages des Rhein-Pfalz-Kreises griff der AfD-Kreistagsabgeordnete Andreas Mansky den SPD-Kommunalpolitiker an. Am 28. Juni 2021 störte sich Mansky bei der Kreistagssitzung im Palatinum in Mutterstadt an den Pandemie-Schutzmaßnahmen. Vor der Sitzung in der rheinland-pfälzischen Gemeinde weigerte sich der AfD-Kommunalpolitiker, einen Corona-Test zu machen, pöbelte Verwaltungsmitarbeiter*innen an, warf eine Trennwand und Desinfektionsmittel um. Durch den Lärm aufgeschreckt ging Schneider ins Foyer, folgte Mansky zum Parkplatz, um ihm zu sagen, »dass er für den Schaden aufkommen müsse«. Ein Schlag ins Gesicht folgte, die Nase riss auf. Einen Tritt konnte der Bürgermeister abwehren. »Ich bin entsetzt über diese Brutalität«, sagte Schneider, der sich ärztlich behandeln lassen musste.

Eine Ausnahme, ein Ausraster eines AfD-Politikers in Zeiten der Pandemie? Die Partei ist um Schadensbegrenzung bemüht, der AfD-Landesvorsitzende Michael Frisch hat sich beim Bürgermeister zügig entschuldigt, ein Parteiausschlussverfahren gegen Mansky wurde eingeleitet. Dieser soll sich später auch entschuldigt und angekündigt haben, sein Mandat zurückzugeben. Der Konflikt, dem auch eine Strafanzeige folgen dürfte, scheint schnell gelöst. Die Problematik hingegen noch lange nicht.

Kehrtwende

Seit Beginn der staatlichen Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie hat die AfD nicht nur ihre Position gänzlich geändert, die Partei hat sich auch weiter radikalisiert. Der Ausraster ist insofern kein Ausrutscher. Die körperliche Attacke ist der aufgeheizten Stimmung in der gesamten »Querdenken«- und Corona-Leugnenden-Bewegung geschuldet. Bewegung, wie auch die Partei, sehen eine »Hygiene-Diktatur« in der Bundesrepublik heraufziehen.

Im November 2020 debattierte der Bundestag das »Dritte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite«. Vor dem Parlament protestierten »Querdenkende«- und Corona-Leugnende gegen das von ihnen sogenannte »Ermächtigungsgesetz«. In der Debatte griff die AfD-Bundestagsfraktion um Alice Weidel und Alexander Gauland die geplanten Änderungen des Infektionsschutzgesetzes massiv an, Gauland sprach von einer »Gesundheitsdiktatur«. Und der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Bernd Baumann, schob nach: Diese »Gesetzesvorlage ist eine Ermächtigung der Regierung, wie es das seit geschichtlichen Zeiten nicht mehr gab«. Die Argumentation der Partei, mit dem vermeintlichen Mut zur Wahrheit, gleicht den Positionen der angeblichen Freiheits- und Grundrechte schützenden Bewegung auf der Straße und im Netz. Mit der Gleichsetzung der Gesetze relativieren sie sogleich den Nationalsozialismus. Mit dem sogenannten »Ermächtigungsgesetz«, dem »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich«, vom 24. März 1933 hatten die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler das Recht erhalten, ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat sowie ohne Gegenzeichnung durch den Reichspräsidenten Gesetze zu erlassen. Der Reichstag schaffte sich durch die Annahme der Gesetzesvorlage als demokratische Institution selbst ab. Dank der Abgeordneten des Zentrums und der Liberalen – die SPD stimmte dagegen, die KPD-Mitglieder waren bereits verhaftet oder flüchtig. Die Reden von Gauland und Baumann waren nur eine weitere Markierung der Kursänderung ihrer Partei. Einen Monat vorher hatte Weidel auf Facebook vorgelegt: »Schluss mit der Panik! Nur 0,09 % Sterberate bei den unter 70-Jährigen! Weniger Grippetote als 2017 & 2018! Weniger Krankschreibungen als 2018 & 2019!«, schrieb die Bundestagsfraktionsvorsitzende am 27. Oktober 2020 und behauptete: »Corona ist nur ein weiterer Vorwand, um Milliardensummen aus Deutschland abzuziehen!« In ihrem Post bezieht Weidel sich auf Studien des US-Forschers John Ioannidis, die aus der Forschung methodisch scharf kritisiert werden und die er selbst vorsichtig interpretiert, wie Patrick Gensing und Wulf Rohwedder vom ARD-Faktenfinder im April dieses Jahres anmerkten. Weidel lag damit auf einer Wellenlänge mit dem thüringischen AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke. Im MDR-Sommerinterview Ende August 2020 verkündete Höcke: »Corona ist vorbei. Corona wird auch nicht wieder kommen.« Vor allem am Post von Alice Weidel, in dem eine Relativierung der Pandemie impliziert ist, wird die Kehrtwende im Vergleich zum Anfang der Pandemie sichtbar.

Im Frühjahr 2020 hatte Weidel der Bundesregierung von Angela Merkel (CDU) noch vorgehalten, die Gefahr durch Covid-19 herunterzuspielen. Sie warnte, in China würden täglich 100 Menschen sterben. Am 19. März postete sie dann: »Die #Coronakrise trifft #Deutschland mit voller Wucht« und verwies auf einen »Fünf-Punkte-Plan«, den sie zusammen mit dem Bundesparteivorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Tino Chrupalla entworfen habe. Der Plan sah unter anderem einen »Schutzschirm für alle von der Corona-Krise betroffenen Familien« vor, eine Existenzsicherung für Selbstständige, Freiberufler*innen und kleine Mittelständler*innen sowie ein »schnelles Internet«. Diese sozialpolitische Ausrichtung – in der nicht die Bedrohung verharmlost wird – findet parteiintern allerdings wenig Unterstützung. Auch die Forderungen der AfD-Landtagsfraktion in Niedersachsen, Großveranstaltungen abzusagen und Schulen zu schließen, wurden immer leiser. Doch an der Parteibasis rumorte es längst, scharfe Kritik an den Pandemie-Maßnahmen wurde stattdessen lauter.

Narrative von Verschwörungen

Die AfD verliert gerade im diesem Zeitraum, in dem sie harte Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung fordert, an Zuspruch, wo sie sonst erfolgreich Stimmung macht: in den sozialen Medien. Im April 2020, das belegen Daten des Politik- und Kommunikationsberaters Johannes Hillje, sank die Reichweite und »Durchschlagkraft« der AfD auf Facebook und Twitter stark – verglichen mit der Zeit vor der »Corona-Krise«. Zwischen Mitte März und Anfang April 2020 halbierte sich annähernd die Interaktionsrate mit Beiträgen der AfD. Von den schwächsten fünf Facebook-Posts behandelten vier Corona. Die fehlende einheitliche Linie der Partei dürfte mit ein Grund dafür sein, die ausbleibende radikale Kritik am Staat ebenso. Die AfD konnte nur Zuspruch gewinnen, wenn sie Corona mit ihrem Kernthema verband.

AfD
NEIN ZUR
IMPFPFLICHT
Sächsische Schweiz - Osterzgebirge
23

Ihr erfolgreichster Post zu Corona war denn auch: »Ausgangssperre auch für Flüchtlinge!« so Hillje gegenüber dem »Tagesspiegel« am 7. April 2020.

Der Einbruch bei den sozialen Medien kann aber auch dem autoritären Charakter ihres Klientel geschuldet sein. Die Damen und Herren wollen nicht bloß klare Ansagen, sondern auch einfache Antworten, Erklärungen und eindeutig benannte »Schuldige«. Dieser Haltung ist eine verschwörungsgläubige Mentalität immanent. Die Partei bediente auf Bundesebene diese Mentalität anfänglich nicht, aber einzelne Landesverbände und Kreise scherten früh aus. In Niedersachsen rief der AfD-Kreisverband Hannover-Land unter dem Motto »Unsere Freiheit ist nicht verhandelbar!« zu einer Demonstration auf. Am 8. Mai 2020 wollte er gegen »die Aushebelung der Grundrechte«, die »Angst-Propaganda«, die »Zwangsimpfung« und den »Maskenzwang« auf die Straße gehen. Das Datum, der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, wird kein Zufall gewesen sein. Die Kundgebung wurde zwar abgesagt, die Zeichen waren aber gesetzt. Und der 180-Grad-Kurswechsel mit angetrieben.

Argumentationen von »Querdenken«

Bei den Protesten von »Querdenken« reihten sich AfD-Mandats- und Funktionsträger*innen nicht nur bei den Großdemonstrationen in Berlin zunehmend ein. Allerdings laufen sie der Bewegung hinterher. Zu spät sei die Chance der Fundamentalkritik am Staat durch diese Bewegung erkannt worden, soll Hans-Thomas Tillschneider parteiintern bemängelt haben. Am 6. Juni dieses Jahres zog Tillschneider zum zweiten Mal für die AfD in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein. Im Wahlkampf betonte er, der eng mit dem neu-rechten Netzwerk um Götz Kubitschek verbunden ist: »Wir sind die politische Heimat für all jene, die die Coronapolitik ablehnen, für die Querdenker.« In Magdeburg richtete die AfD am 29. April erstmals eine eigene Kundgebung gegen die Corona-Politik der Bundesregierung aus. Auf dem Domplatz sprach sich Tillschneider gegen Impfpflicht und für Bargeldverkehr aus und wetterte: »Der Mundschutz ist ein Maulkorb. Wir lassen uns keinen Maulkorb verpassen.« Noch deutlicher wurde Robert Farle, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion von 2016 bis 2021. Farle, der im September für den Bundestag kandidiert, raunte »Merkel hat einen Plan« und verkündete: »Bill Gates und die WHO wollen uns zwangsimpfen und damit Milliarden verdienen.« Doch er versicherte: »Wir lassen uns nicht zwangsimpfen!« Schon im Landtag hatte Farle gesagt, die Pandemie sei nur erfunden, um die Briefwahl bei der anstehenden Bundestagswahl zu manipulieren. Die Narrative der Verschwörungen der »Querdenken«- und Corona-Leugnenden-Bewegung bekräftigt somit der AfD-Bundestagskandidat, was die Wähler*innengunst in diesem Milieu erhöhen kann.

Auf Bundesebene hatte die Partei schon weit vor der Landtagswahl nachgezogen. Im November 2020 veröffentlichte die Bundes-AfD einen Flyer zur Pandemie zum Download. »Corona. Wie groß ist die Gefahr wirklich?« ist der fragende Titel – ein rhetorischer. Die Antworten im Text spielen die Bedrohung, den Tod von etwa 82.000 Menschen in der Bundesrepublik durch oder mit Covid-19, herunter. »Die Medizin darf nicht schlimmer als die Krankheit sein«, so das Fazit. Selbstverantwortung sei die Rettung. Eine politische Irreführung mit vermeintlich faktischer Argumentation. Ganz im Geist der »Querdenker«. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz, der eine schwere Corona-Erkrankung überlebte, erklärte als Kronzeuge gerne: »Generell gilt: Wir haben keine Pandemie.«

#BewegungsPartei

Neue Basis für Pandemie-Leugner*innen

Die neu gegründete Partei »Basisdemokratische Partei Deutschlands«, kurz »dieBasis«, kristallisierte sich im Laufe der letzten Monate als wichtigste Parteien-Vertretung der Pandemie-Leugner*innen heraus.

von Lucius Teidelbaum

Die Partei »dieBasis« wurde am 4. Juli 2020 in Kirchheim in Hessen als eine Art Abspaltung von der ähnlich ausgerichteten Partei »Widerstand2020« gegründet. Nachdem der Arzt Bodo Schiffmann mit anderen Gleichgesinnten eine Online-Pseudo-Partei erschuf, in die man nur mit wenigen Klicks beitreten konnte, endete dieses Projekt aufgrund der ungeprüften Beitritts-Möglichkeiten im Chaos. Als Resultat entstanden zwei konkurrierende Parteien: »Widerstand2020« unter Schiffmanns Regie und »dieBasis«, die sich der Formel »Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit, Schwarmintelligenz« verschrieb – auch wenn die gerne gesetzten Hashtags in Online-Beiträgen wie #merkelmussweg oder #altparteien eine andere Sprache sprechen.

Irrationale Inhalte

Im November 2020 verabschiedete »dieBasis« ein dünnes Rahmenprogramm. Darin heißt es: »Im Zentrum unserer Arbeit steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen als körperlich-seelisch-geistiges Wesen, das in eine soziale Gemeinschaft und in die natürliche Umwelt eingebunden ist« – ein ganzheitliches Verständnis, was typisch für ein esoterisches Weltbild ist. Auch die Forderung nach einer Einteilung der Gesellschaft in einen »geistig-kulturellen«, »rechtlichen« und »wirtschaftlichen« Bereich scheint aus der anthroposophischen »Mottenkiste« zu stammen. Nicht nur die geschaffenen Ämter in den Landes- und Bundesvorstand, wie »Säulenbeauftragte Machtbegrenzung«, »Säulenbeauftragte Schwarmintelligenz« oder »Säulenbeauftragte Achtsamkeit« lassen erkennen, dass die junge Partei ein starkes Bedürfnis nach Andersartigkeit hat. Ihr postideologischer (»weder links noch rechts«) Ansatz erinnert stark an die Grünen in ihrer Gründungsphase. Mit dieser Einstellung ist die Partei trotz aller offiziell verkündeten Distanzierungen von »Extremisten« offen nach Rechts. Im Vorstand sitzt beispielsweise Rechtsanwalt Dr. Harald von Herget aus Starnberg, der auch Kuratoriumsmitglied in der rechten Hausner-Stiftung ist. Von Herget ist seit März 2021 ebenfalls Beauftragter für Medien bei »dieBasis«.

Die Querdenken-Partei

Die Partei bildet die ganze Bandbreite der Corona-Wutbürger*innen ab: von – im Selbstverständnis – Linksalternativen bis zu rabiaten Verschwörungsideolog*innen und Rechten. Wenig überraschend sind die Überschneidungen zu Esoterik und Alternativmedizin. Dem im März 2021 neu gewählten 15-köpfigen Vorstand der Partei gehören immerhin auch drei Heilpraktiker*innen und zwei Feng-Shui-Berater*innen an. Die Partei »dieBasis« ist eindeutig der parteipolitische Arm von Querdenker*innen. Im Bundesvorstand der Partei existiert sogar das Amt der »Querdenkerin (für die unüblichsten Lösungsansätze)«, besetzt von der ehemaligen Zeitsoldatin und zertifizierten Sozialtherapeutin Vicky Richter. Die Mitgliederzahl der Partei stieg laut Eigenangaben bis Mai 2021 auf 15.000 Mitglieder an. Doppelmitgliedschaften in einer »anderen demokratischen Partei« sind bei »dieBasis« zulässig. Laut »AnonLeaks« ist die Geschlechterverteilung nahezu ausgeglichen und ein Großteil der Mitglieder ist zwischen 40 und 65 Jahren alt – für junge Mitglieder gibt es eine eigene Jugendorganisation, die »jungeBasis«.

Mitglieder-Fishing bei anderen Parteien

Inzwischen versammelt die Partei in ihren Reihen und auf ihren Kandidat*innen-Listen zur Bundestagswahl im Herbst 2021 die Prominenz der deutschen Pandemie-Leugner*innen. Parteiübertritte hin zu »dieBasis« sind nicht selten: So kandidiert beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg. Durch derartige Übertritte verfügt die junge Partei auf kommunaler Ebene bereits über einzelne Mandate. Das Flensburger Stadtrats-Mitglied David Claudio Siber verließ im Herbst 2020 die Grünen und ist seit März 2021 Beauftragter für Kommunikation bei »dieBasis«. Der ehemalige Grünenpolitiker und Stadtrat von Lörrach Dietmar Ferger wechselte ebenfalls. Basis-Mitglied Andreas Hauser, der im Kreistag des Zollernalbkreises sitzt, war dagegen bei der Linkspartei. Dass die kommunalpolitischen Wechselgänger*innen von den Grünen und der Linkspartei kommen, unterstreicht noch einmal den Umstand, dass einige Querdenker*innen auch aus linksalternativen Milieus stammen. Professor Oliver Nachtwey bestätigt dies im Interview zu der Umfrage-Studie zur »Politischen Soziologie der Corona-Proteste« vom Dezember 2020. Demnach fühle sich ein Teil des grünen Milieus, vor allem der anthroposophisch-esoterische Teil, von den Grünen nicht mehr repräsentiert.

So wird »dieBasis« möglicherweise nicht nur Stimmen von der AfD abspalten, sondern auch von den Grünen. Dennoch verfehlte sie den Einzug bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im März mit einem Ergebnis von knapp unter einem Prozent. Ob es nun für einen Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde in den Bundestag reichen wird, bleibt bislang zweifelhaft.

#Wir2020

Erfolglose Partei der Corona-Leugner*innen

von Charles Paresse

Als Wahlpartei blieb »Wir2020« bisher erfolglos. Genau 1.649 Stimmen erhielt sie bei der Landtagswahl am 6. Juni 2021 in Sachsen-Anhalt, das sind nicht einmal 0,2 Prozent der Wähler*innen. Mit diesem Ergebnis bekommt die neue Partei aus dem Spektrum der Corona-Leugner*innen nun nicht einmal Wahlkampfkostenerstattung. Und auch im bevölkerungsreichen Stammland der verschwörungsgläubigen »Corona-Rebellen« Baden-Württemberg blieb sie bei der Landtagswahl am 14. März 2021 mit 41.128 Stimmen (0,8 %) erfolglos.

»Querdenker«

Gegründet wurde die Partei im Sommer 2020 von dem Arzt und »Querdenken«-Aktivisten Bodo Schiffmann. Größenwahnsinnig hatte er mit Blick auf seine Parteigründungen erklärt: »Ich gehe davon aus, dass wir die Regierung stellen werden. Das meine ich ernst.« Zuvor hatte Schiffmann »Widerstand 2020« gegründet und dann schnell wieder verlassen. Angeblich seien 100.000 Menschen in kürzester Zeit in seine damalige Partei eingetreten, hieß es. Diese Zahlen hielten jedoch keiner seriösen Überprüfung stand. Auch aus der neuen Nachfolgepartei »Wir2020« trat er nach kurzer Zeit wieder aus – intern gab es Streit um formelle Fragen. Der Gründer erklärte, ihm sei »Aufklärungsarbeit« wichtiger als die Arbeit in einer Partei. Auch die stellvertretende Vorsitzende Eva Rosen verließ die Organisation und trat der programmatisch ähnlichen Partei »dieBasis« bei.

Fehlendes Programm

»Wir2020« hat bisher kein ausgearbeitetes Programm vorgelegt. In einem knappen, schlagwortartigen Zehn-Punkte-Programm (Stand: Juli 2020) macht sie klar, dass sie sich an erster Stelle gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie engagiert und im Mainstream der Forderungen der »Querdenken«-Demos mitschwimmt. Es geht ihr zum Beispiel um die »Rücknahme der unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen«, die »Aufarbeitung der Corona-Politik durch einen Untersuchungsausschuss« und die Ablehnung einer »Impfpflicht« sowie die »sofortige Rücknahme des Masernschutzgesetzes«. Begründet wird das allerdings in den Dokumenten kaum. Die Website verweist für mehr Informationen zu einzelnen Themenbereichen immer wieder auf ein knapp einstündiges Video (»Kurz nachgefragt«) mit dem bisherigen Parteivorsitzenden Wolfgang Romberg. Welche Corona-Maßnahmen und aus welchen Gründen sie zurückgenommen werden sollen, bleibt offen. Die programmatischen Aussagen und Interviews auf den Social-Media-Kanälen durchzieht vor allem das Raunen der »Querdenken«-Demonstrationen. Die weiteren Forderungen entstammen eher populistischen wirtschaftsliberalen Vorstellungen, wie zum Beispiel die »Förderung des Mittelstandes als Rückgrat der deutschen Wirtschaft« und die »Einführung eines Straftatbestandes bei Steuerverschwendung«. Rhetorisch nutzt man die Sprache von Corona-Leugner*innen und den rechten Bewegungen der letzten Jahre: Kanzlerin Angela Merkel wird als »Mutti« bezeichnet und statt den Massenmedien zu glauben, müssten die Menschen (»das Volk«) – dargestellt als wehrlose Schafe – endlich »aufwachen«.

Tatsächliche oder vermeintlich undemokratische Zustände in der Gesellschaft haben in der Darstellung der Partei ihre Grundlage entweder in individuellem, boshaftem Handeln oder unterliegen kaum durchschaubaren Mechanismen, verborgen hinter der Realität. Damit werden Verschwörungstheorien zur Erklärung der Welt Tür und Tor geöffnet.

Strukturaufbau

Inzwischen hat die Partei »Wir2020« in elf Bundesländern Landesverbände aufgebaut und gründet in den noch fehlenden fünf Ländern (Bremen, Hamburg, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen) zur Zeit weitere Strukturen. Nach eigenen Angaben sind derzeit 4.600 Menschen Mitglied in der Partei (Stand: Juni 2021). Ihre Bundeszentrale sitzt in einem schmucklosen Bürokomplex am Rand des hessischen Bad Homburg. Kurz nach der Wahlniederlage in Sachsen-Anhalt hielt die Partei am 12. Juni 2021 in Kassel einen Bundesparteitag ab, auf dem knapp 140 Teilnehmende unter anderem den dreizehnköpfigen Vorstand wählten. Neue Bundesvorsitzende ist die Tanzpädagogin Antje Barthels aus Sachsen-Anhalt, die sich gegen den bisherigen Amtsinhaber Wolfgang Romberg (Hessen) durchsetzte. Der Unternehmer wurde zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt ebenso wie Sonja Früh und Doris Rothermel.

Zerstrittene Partei, zerstrittene Szene

Auf dem Parteitag durfte auch der frühere Vorsitzende Manuel Köppl sprechen, der im Streit parallel eine gleichnamige Partei mit aufbaute und dort stellvertretender Bundesvorsitzender ist. Die Auseinandersetzung habe »dem öffentlichen Ansehen der Partei schweren Schaden zugefügt und große personelle und finanzielle Ressourcen der Partei gebunden«, heißt es auf der Website von »Wir2020«. Der Auftritt sollte »Ansatzpunkte für eine Befriedung« von Konflikten zeigen, doch belegte er eher das Bild einer zerstrittenen und derzeit einflusslosen Organisation.

#Corona

Meine Freiheit über alles

von Nadine Frei und Ulrike Nack

Das Protest-Milieu gegen die coronabedingten Maßnahmen zu verstehen, ist eine Herausforderung. Nicht nur bürgerliche Medien, Politik und Wissenschaften tun sich schwer mit der Eigenbeschreibung der »Querdenker*innen« als bürgerliche Mitte. Auch manche Linke sind oft allzu schnell bereit, die »Querdenker*innen« als Faschist*innen zu bezeichnen. Wir wollen in diesem Artikel einen Blick auf das Milieu werfen und dabei die Schwierigkeiten der gängigen Erklärungsmuster aufzeigen. Wir wenden uns gegen die Erzählung, dass die »Corona-Proteste« von Rechts unterlaufen oder instrumentalisiert werden. Vielmehr stellen sie seit ihrem Beginn die oft verdrängten Aspekte der politischen »Mitte« zur Schau. Gerade aber jene verdrängten Aspekte gilt es aufzuzeigen und ihnen im Sinne einer emanzipatorischen Politik entgegenzustehen.

Sozioökonomische und parteipolitische Einordnung

Mittlerweile gibt es einige wissenschaftliche Untersuchungen zu den »Corona-Protesten«, wobei wir uns hier auf die Basler Studie von 2020, die Berliner Studie von 2021 und unsere eigene Forschung beschränken werden.

Für die Untersuchung wurde in einem Forschungsprojekt der Universität Basel eine Online-Befragung in offenen Telegram-Chat-Gruppen gepostet, die der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen zugeordnet werden können. Die Auswertung der Befragung hat gezeigt, dass die Mehrheit der Studienteilnehmer*innen zur Mittelschicht gehört. Ihr Durchschnittsalter beträgt 47 Jahre, mehr als drei Viertel sind über 38 Jahre alt. 31 Prozent haben das Abitur und 34 Prozent verfügen über einen Studienabschluss. Im Vergleich zu den 9,6 Prozent der Gesamtbevölkerung, gibt es mit 25 Prozent einen hohen Anteil Selbständiger. Die Studie hält einen Drift nach Rechts fest. Bei der letzten Bundestagswahl haben 18 Prozent der Studienteilnehmer*innen die Partei Die Linke und 23 Prozent Bündnis 90/Die Grünen gewählt. Der »Alternative für Deutschland« (AfD) haben 15 Prozent ihre Stimme gegeben. 27 Prozent gaben an, die AfD bei der Bundestagswahl im September 2021 wählen zu wollen. Besonders auffallend in Bezug auf das Wahlverhalten ist der Umstand, dass 61 Prozent der Befragten dazu tendieren, nicht-etablierten Kleinstparteien ihre Stimme zu geben.

In der repräsentativen Studie des Wissenschaftszentrums Berlin wiederum wurde quer durch die deutsche Bevölkerung nach der Einstellung zu den »Corona-Protesten« gefragt. Es wird aufgezeigt, dass sie ein erhebliches und relativ stabiles Mobilisierungspotenzial aufweist. So äußert jede fünfte befragte Person ein »großes oder gar sehr großes Verständnis« für die »Corona-Proteste«. Jede zehnte Person sei bereit, an diesen teilzunehmen. Die Zustimmung ist über den Zeitverlauf der Studie von Juni bis November 2020 ähnlich groß. Gleichzeitig hat jedoch die Ablehnung der Proteste stark zugenommen. Die Mehrheit der Befürworter*innen verortet sich selbst in der politischen Mitte. Zudem stellt die Studie heraus, dass wirtschaftliche Sorgen nicht das ausschlaggebende Protestmotiv darstellen, sondern »befürchtete Freiheitseinschränkungen«.

Unsere eigenen ethnografischen Beobachtungen der »Corona-Proteste« – zum Beispiel am 4. Oktober 2020 in Konstanz und am 7. November 2020 in Leipzig – ließen viele Demonstrationsteilnehmer*innen aus einem alternativen Milieu mit deutlichen Bezügen zur Friedensbewegung erkennen. Wir konnten eine hohe Beteiligung von Frauen und einen relativ hohen Altersdurchschnitt im Vergleich zu anderen politischen Protesten feststellen. Bei der Demonstration in Konstanz waren kaum Personen anwesend, die der extremen Rechten zugeordnet werden können. In Leipzig hingegen hat sich bewahrheitet, was im Vorfeld schon angekündigt wurde: Zahlreiche Gruppen der organisierten Rechten waren unter den Teilnehmenden, suchten die gewalttätige Auseinandersetzung mit der Polizei und attackierten Medienvertreter*innen. Unsere eigenen Beobachtungen und Recherchen bestärken den Eindruck, dass sich die »Corona-Proteste« in Ost- und Westdeutschland dahingehend unterscheiden, dass sie in Ostdeutschland stärker von der extremen Rechten und der (ehemaligen) PEGIDA-Klientel geprägt sind. In ihrer Gesamtheit handelt es sich allerdings um ein »bundesweites Phänomen mit tendenziell stärker westdeutscher Prägung«, wie Matthias Quent und Christoph Richter in dem Buch »Fehlender Mindestabstand« schreiben.

Radikalisierung

An der öffentlichen Wahrnehmung ist nicht vorbeigegangen, dass sich das Auftreten der »Corona-Proteste« verändert hat. Von Beginn wurden Auflagen wie Abstandswahrung und Maskenpflicht ignoriert, im weiteren zeitlichen Verlauf kam es bei den Protesten zu Gewalttaten. Zudem gab es verschiedene Anschläge und Angriffe. So ist ein Brandanschlag auf ein Gebäude des Robert-Koch-Instituts in Berlin dem »Querdenken«-Milieu zuzuordnen ebenso wie die Blockade einer ICE-Strecke in Bayern und verschiedene Angriffe auf

Nicht
an
Zwangsimpfun
interessiert

*Bürger*innen bei einer Kundgebung in Hannover von »Querdenken« gegen eine angebliche Zwangsimpfung*

Impfzentren. In Leipzig, Kassel, Stuttgart, Dresden und Berlin wurden Journalist*innen angegriffen und Polizeiketten durchbrochen. In Berlin wurde außerdem versucht, in den Bundestag zu gelangen. Vor allem dieses Ereignis warf in der breiten Öffentlichkeit die Frage nach der Radikalisierung der »Corona-Proteste« auf. Auch wenn selten spezifiziert wird, was mit Radikalisierung gemeint ist, scheint damit im Allgemeinen die Bereitschaft verbunden zu sein, gegen Medien und Staat gewalttätig vorzugehen, verbal von den Grundwerten der bundesdeutschen Verfassung abzurücken und den deutschen Staat als Feind zu betrachten. In diesem Fall wird Radikalisierung häufig als Resultat der Instrumentalisierung oder Unterwanderung von Rechts gesehen. Dieser könne entgegengewirkt werden, wenn sich die »Corona-Proteste« klar von Rechts abgrenzten. So wird von Heike Kleffner und Matthias Meisner in »Fehlender Mindestabstand« moniert, dass die »bürgerliche Mitte den notwendigen Mindestabstand (nach Rechts)« nicht einhalte.

Diese Forderung sehen wir als problematisch, denn damit wird die sogenannte Mitte weiter mythisiert. Im gängigen Narrativ wird diese als eigentlich harmlos und unschuldig imaginiert, wohingegen die radikale Rechte das eigentliche Problem und die alleinig Schuldige darstellt. Zweifellos besteht ein großes Problem der »Corona-Proteste« darin, dass Teile der extremen Rechten beinahe unwidersprochen ihre faschistische Weltanschauung auf die Straße tragen können – das zeigt sich einmal mehr beispielhaft auf dem sächsischen Land. Dennoch sehen wir das eigentliche und nicht zu unterschätzende Problem in der »immanenten Radikalisierung«.

Diese Radikalisierung geht von der sogenannten politischen Mitte aus und findet in der Protestbewegung ihren Ausdruck. Sie zeigt sich vor allem in der Art und Weise, wie »Querdenker*innen« die staatlichen Corona-Maßnahmen kritisieren. Ihre Kritik, häufig formuliert mit der Warnung einer drohenden Diktatur, berechtige sie zum Widerstand gegen den Staat und gegen die Gesellschaft. Insbesondere ihre Bezugnahme auf Kinder und auf das Impfen ist, wie wir zeigen wollen, entlarvend.

Die Kinder und das Impfen

Die Thematisierung der coronabedingten Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf Kinder ist zu einem zentralen Thema innerhalb der »Corona-Proteste« geworden. Die Bezugnahme auf das vermeintliche Kindeswohl variiert in ihrer Ausgestaltung: Mütter verteidigen ihren »gesellschaftlich zugeschriebenen Hoheitsbereich« (Frei/Nack in »Frauen und Corona-Proteste«) der Kindessorge gegen staatliche Eingriffe. Anthroposophisch gefestigte Pädagog*innen behaupten die Schädigung der kindlichen Entwicklung durch die getroffenen Maßnahmen. Es scheint, dass auch etliche Bürger*innen ihrem autoritären Charakter freien Lauf lassen, indem sie mit Verweis auf das Kindeswohl jeder Aggression und jedem Strafbedürfnis nachkommen.

Typisch, aber nicht immer an das Kindeswohl gekoppelt, ist die unter »Querdenker*innen« breit geteilte Ablehnung von Impfungen. In dieser Ablehnung kommen unterschiedliche Weltanschauungen zusammen, wobei sie sich durch einen ausgeprägten Bezug auf die Natur, auf gefühlsbetonte Gemeinschaften, auf Spiritualität und »ganzheitliches« Denken auszeichnen. Gerade das anthroposophische Milieu hebt die Stärke des Immunsystems, naturgegebene (Selbst-) Heilungskräfte und die Reinheit des Körpers hervor. Demgegenüber seien Impfungen unnatürlich und künstlich. Die Impfablehnung entspringt aber nicht ausschließlich anthroposophischen und esoterischen Kreisen, sondern findet sich auch häufig bei Männern, denen weniger eine »Skepsis als eine Überschätzung der eigenen gesundheitlichen Resilienz« eigen ist, schreibt Yasemin El-Menouar in ihrer Studie »Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl«.

Die immanente Radikalisierung zeigt sich in dieser Themensetzung dergestalt, dass Werte der Moderne einseitig und reaktionär interpretiert und in ihrer Einseitigkeit absolut gesetzt werden: Die Mutter übt ihre Mutterrolle aus, indem sie das Kind vor jedem fremden Zugriff schützt. Das anthroposophische und esoterische Milieu lässt die Romantik wieder auferstehen und bedient in seinem ganzheitlichen Weltbild die vermeintliche Kehrseite der Aufklärung. Der sich selbst überschätzende Mann beruft sich auf eine Freiheitsvorstellung, die rein negativ als Schutz vor allem Äußeren gedacht wird. Das Äußere, vor deren Einwirkung man sich schützen muss, mag vielleicht zunächst der Staat sein, aber es sind immer auch die anderen Menschen. Diese sollen in der – in ihrer Negativität überhöhten – Freiheitsvorstellung gar keine Rolle spielen. So betrachten die Querdenker*innen es als rechtens, ihre Freiheit nicht zum Schutz anderer einzuschränken. Einmal alles Positive und Solidarische vom modernen Begriff der Freiheit abgekoppelt, liegt die Radikalität im Wert der Freiheit selbst – als Selbstzweck.

Für die von uns sehr knapp beschriebene immanente Radikalisierung braucht es keine radikale Rechte, keine Reichsflaggen, keine NS-Verherrlichung. Es reicht, wenn die politische Mitte sich auf ihre geteilten Werte beruft und der Einseitigkeit des Denkens nachgibt. So können sich ihre Vertreter*innen als wahre »Retter*innen« von Freiheit und Demokratie stilisieren. Sie sind die zu Unrecht Marginalisierten, berechtigt zum Widerstand gegen Staat und Gesellschaft. Das macht nicht gleich alle zu Faschist*innen. Aber es zeigt, dass sie alles andere als harmlos sind.

#Stiftung

Rechte Entwicklung

Nach der Bundestagswahl wird die rechte »Desiderius-Erasmus-Stiftung« voraussichtlich ein Millionenbudget erhalten. Was zu erwarten ist und was uns das angeht.

von Anita Starosta und Moritz Krawinkel

Rechte und rechtsradikale Parteien, Regierungen und ihnen nahestehende Organisationen bedrohen weltweit Kämpfe für grenzüberschreitende Solidarität, für soziale Gerechtigkeit und die Menschenrechte. Jair Bolsonaro in Brasilien, Viktor Orbán in Ungarn oder Rodrigo Duterte auf den Philippinen sind nur die prominentesten Beispiele einer globalen Entwicklung, die auf verschiedenen Ebenen auch medico international und unsere Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika betrifft.

In Deutschland sammeln sich reaktionäre Kräfte mit anhaltendem (Wahl-)Erfolg in der »Alternative für Deutschland« (AfD). Gegen ihr reaktionäres Projekt des Rückbaus sozialer Rechte und emanzipatorischer Errungenschaften beteiligen wir uns an verschiedenen Mobilisierungen der Zivilgesellschaft. Deshalb unterzeichnen wir das Manifest »Keine Minute warten im Kampf gegen rechts« und setzen uns gemeinsam mit bildungspolitischen und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen die rassistische Spaltung der Gesellschaft ein, die die AfD vorantreibt. In den Vordergrund rückt dabei auch die ihr nahe stehende »Desiderius-Erasmus-Stiftung«, deren Aktivitäten schon jetzt darauf abzielen, Demokratie, Solidarität und Menschenrechte zu schädigen. Nach der kommenden Bundestagswahl wird die Stiftung voraussichtlich staatliche Fördergelder erhalten und ihre destruktive Arbeit ausweiten – auch ins Ausland.

Die Ziele der AfD in der Außen- und Entwicklungspolitik sind eindeutig: Der Schutz vermeintlich nationaler Interessen in der internationalen Zusammenarbeit, die Migrationsabwehr und der Zusammenschluss mit rechten Kräften stehen im Vordergrund. Mit einer staatlichen Förderung ihrer Stiftung in Millionenhöhe bekommt die AfD auch die Möglichkeit, Auslandsbüros zu eröffnen und in politisch instabilen Regionen der Welt rechtsradikale Projekte zu unterstützen, die hart erkämpfte demokratische und soziale Fortschritte bedrohen.

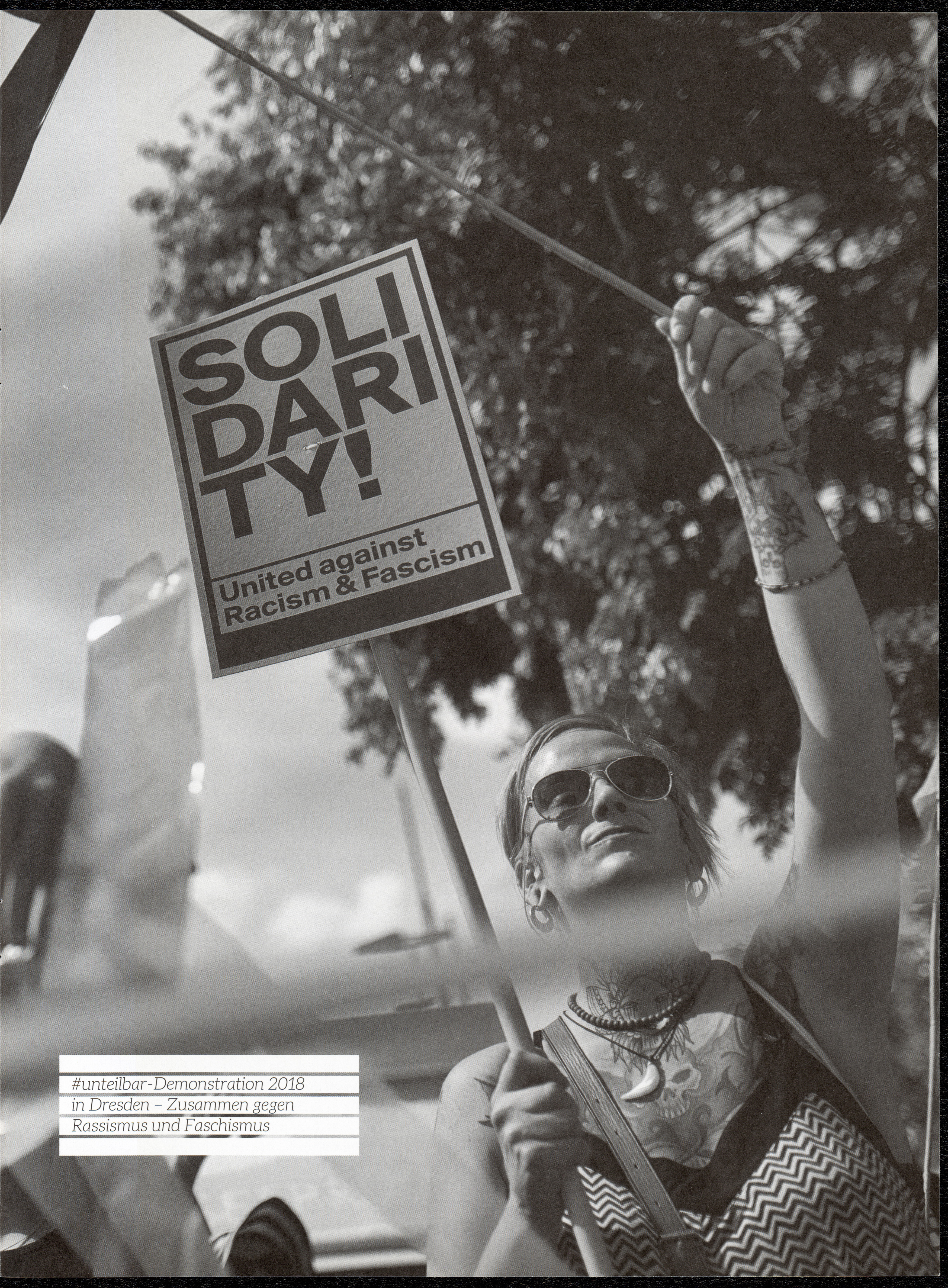
Dabei bleibt die AfD wie in anderen Politikfeldern auch ihrer Strategie treu, zunächst einmal alles zertrümmern zu wollen, was zum alten »System« gehört. Für ihre entwicklungspolitische Agenda gilt dasselbe wie für ihre übrigen Aktivitäten: Sie zeichnet sich durch eine Mischung aus Konzeptlosigkeit, Ignoranz und Vorurteil aus. Über die Zustände in anderen Regionen denkt man in der AfD vor allem wegen hier ankommender Migrant*innen nach. Entsprechend fordert die Partei »einen grundsätzlichen Strategiewechsel in der Entwicklungspolitik«. Ihr Ziel ist es, die Entwicklungshilfe gänzlich deutschen Interessen unterordnen. Um das sicherzustellen, soll das Entwicklungsministerium abgeschafft werden und das Außenministerium die verbleibenden Aufgaben übernehmen. Deutsche Zuwendungen erhielte dann nur noch, wer sicherheitspolitisch oder wirtschaftlich für Deutschland relevant oder eben Herkunftsland von Flüchtlingen ist. »Allen anderen streichen wir die Mittel«, erklärte Alexander Gauland 2017. Diese Perspektive liegt auch der Arbeit von AfD-Politiker*innen im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zugrunde. Mithilfe kleiner und großer Anfragen versuchen sie, Hilfsorganisationen unter Druck zu setzen und ihre Arbeit zu diskreditieren. Markus Frohnmaier, Sprecher des AfD-Arbeitskreises »Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung«, wird vom Verfassungsschutz bescheinigt, dass seine Äußerungen zum Islam und zum Umgang mit Geflüchteten gegen die Menschenwürdegarantie des Artikel 1 Grundgesetz verstoßen.

Uns begleitet die Auseinandersetzung mit rechtsradikalen und rassistischen Akteur*innen in Deutschland und ihre internationale Vernetzung schon lange: Von den Beziehungen deutscher Neonazis zum südafrikanischen Apartheid-Regime in den 1980er Jahren bis in die Gegenwart und zur syrischen Diktatur. Zuletzt infolge der Flucht, die Millionen Menschen aus Syrien nach Europa antreten mussten, entstand für rechte Parteien in Europa ein Feindbild, das sie für ihre Zwecke instrumentalisieren. Doch »Syrien ist sicher« heißt es nicht nur von der AfD, sondern aus vielen deutschen Innenministerien – insbesondere vor den Innenministerkonferenzen, auf denen jedes Mal wieder darum gerungen wird, wenigstens Teile Syriens trotz Krieg und Verfolgung zum sicheren Herkunftsland zu erklären, in das abgeschoben werden kann.

Angefeuert wird dieser Diskurs von der AfD, von der inzwischen mehrmals Bundestags-Abgeordnete in Syrien waren, um die Legende von der »Normalität« Syriens zu verbreiten. Das kommt gut an bei der rechten Basis. Vor drei Jahren sammelte die der AfD nahestehende »Identitäre Bewegung« Gelder für vermeintliche Hilfsprojekte in den Camps syrischer Geflüchteter im Libanon. Ihr »patriotisches Hilfsprojekt« sollte, so die Außendarstellung, Mittel an Geflüchtete vergeben, die sich nicht nach Europa aufmachen. medico-Kollege Till Küster sagte damals der Zeitung Neues Deutschland: »Sie missbrauchen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort, mit dem Ziel Menschen abzuwehren. Dabei setzen sie sich in keiner Weise mit der politischen Situation vor Ort und den Gründen für Flucht auseinander.«

Doch das Problem ist größer als rechtsradikale Splittergruppen und eine reaktionäre Fraktion im Bundestag: Wenn man sich die Programme zur sogenannten »Freiwilligen Rückkehr« anschaut, die die Bundesregierung inzwischen auflegt, um Menschen ihren Anspruch auf ein Asylverfahren abzukaufen und auch in unsichere Länder abschieben zu können und wenn man die längst stattfindende Verknüpfung deutscher Entwicklungshilfe mit der Migrationsabwehr im nördlichen Afrika anschaut, entsteht der Eindruck, die radikale Rechte wäre bereits Stichwortgeberin für Teile der Außen- und Entwicklungspolitik. Mehr Ressourcen, mehr Geld und mehr Einfluss für sie lassen nichts Gutes für die Zukunft erahnen.

*Anita Starosta und Moritz Krawinkel sind Mitarbeiter*innen der Hilfsorganisation medico international, wo der Text als erstes veröffentlicht wurde.*


SOLI
DARI
TY!
United against
Racism & Fascism

#unteilbar-Demonstration 2018 in Dresden – Zusammen gegen Rassismus und Faschismus

#WerteUnion

Ende ohne ersehnte Wende. Ein Abgesang.

von Volkmar Wölk

1998 fragte die »Junge Freiheit« im Interview den umtriebigen belgischen Organisator und Theoretiker der europäischen »Neuen Rechten«, Robert Steuckers: »Wo sehen Sie auf der Rechten die mögliche Trennlinie zwischen wertkonservativer Haltung und reaktionärer Position?« Dieser antwortete mit einer doppelten Distanzierung: »Eine wertkonservative Haltung kann heutzutage überhaupt nicht strukturkonservativ bleiben. Eine wertkonservative Haltung verteidigt die Werte, die die Gemeinschaft zusammenhalten. Wenn Strukturkonservative, das heißt Wirtschaftsliberale, es unbedingt vermeiden, die Frage nach den Werten zu stellen, dann wird das die Auflösung der Gemeinschaften vorantreiben. Dann haben wir die Gefahr, dass die Staaten, aber auch eine eventuelle Weltgemeinschaft, absolut unregierbar werden.« Strukturkonservative sind für ihn einerseits Reaktionäre, die objektiv überholte Zustände erhalten oder wiederbeleben wollen, und gleichzeitig Wirtschaftsliberale, deren einziger Wert das eigene Gewinnstreben ist. Ihr Primat der Ökonomie fördere »die Auflösung der Gemeinschaften«. Vor 1945 hätte man »zersetzend« dazu gesagt.

Konservativ und wirtschaftsliberal: Die »WerteUnion«

Wirtschaftsliberalismus und Wertekonservatismus sind für den belgischen Neu-Rechten Steuckers also unvereinbar. In der deutschen »WerteUnion« hätte er mit seinem Ansatz keinen Platz. Sie hat den Anspruch, beide Positionen in ihren Reihen zu vereinen. »Treten Sie der WerteUnion bei, um konservative und wirtschaftsliberale Politik für Deutschland zu unterstützen«, heißt es auf der Homepage. «Geht nicht? Gibt's nicht!« Die Turbokapitalisten der Zeitschrift »eigentümlich frei« wiederum verweisen auf einen historischen Vorläufer dieser Synthese, der allerdings nichts mit den Unionsparteien zu tun hat, aus denen sich die »WerteUnion« personell speist: die FDP. Genauer gesagt: die »freidemokratische Partei der sechziger Jahre«. Diese, so die Zeitschrift, sei »wertkonservativ in der Gesellschaftspolitik, aber liberal, sprich unternehmensfreundlich in Wirtschaftsfragen« gewesen. Für die Gegenwart jedoch sieht das Blatt diese Position durch die AfD besetzt.

Der Blick in die Niederungen der Parteipolitik scheint wenig zielführend bei der Begriffsbestimmung. Allerdings lernen wir, dass »Werte« im rechten Teil des politischen Spektrums als sehr wichtig angesehen werden und dass gleich eine Reihe von politischen Akteur*innen den Begriff »wertkonservativ« für sich selbst reklamieren oder zugeschrieben bekommen: die WerteUnion und ähnliche Strömungen in der CDU/CSU, die FDP – zumindest die der Vergangenheit – die »Neue Rechte« und nicht zuletzt auch die AfD.

Reges Gedränge

Um die Sache noch verwirrender zu machen, sei darauf hingewiesen, dass auch der Begriff des »Wertkonservatismus« keineswegs aus dem konservativen Spektrum stammt, sondern vielmehr auf einen sozialdemokratischen Politiker und Theoretiker, nämlich Erhard Eppler, zurückzuführen ist. Auch er fasste diesen Terminus positiv auf. In seinem Buch »Ende oder Wende« bezeichnete er 1975 eine Politik für die Bewahrung der Natur, für eine humane und solidarische menschliche Gemeinschaft, für die Würde der Einzelnen als »wertkonservativ«. Für ihn verkörperten die Unionsparteien im Gegensatz dazu einen modernisierungsfeindlichen Strukturkonservatismus, in dessen Mittelpunkt der Erhalt überkommener Machtstrukturen stehe. Er wolle Privilegien und Machtpositionen erhalten und diene damit letztlich lediglich der Herrschaftssicherung.

Fakt ist: Niemand im konservativen Spektrum bezeichnet sich selbst als »strukturkonservativ« oder möchte so bezeichnet werden. Um das Adjektiv »wertkonservativ« hingegen herrscht ein reges Gedränge. Der Konservatismus insgesamt, und mit ihm die Unionsparteien als sein wesentlicher parteipolitischer Träger, hat einen erheblichen Bedeutungsverlust in den Jahrzehnten seit der Revolte von 1968 erfahren, ob es sich nun um die »nationalkonservative«, die »christlich-konservative« oder eben die »wertkonservative« Säule handelt. Der nationalkonservative Flügel, einstmals stark vertreten durch den »Stahlhelmflügel« um Alfred Dregger, krankt an der Einbettung nationaler Politik in die europäische Ebene und die Globalisierung. Auch kann er die Mängel und Fehler beider nicht innerhalb der Unionsparteien für eine Re-Nationalisierung nutzen. Trägergruppen wie die einstmals starken Vertriebenenverbände sind schlicht weggestorben. Der christlich-konservative Ansatz, traditionell eng verflochten mit den Gruppierungen des sogenannten »Lebensschutzes«, leidet unter dem Einflussverlust der Kirchen und einer Werteverschiebung auch innerhalb des christlichen Bereichs. Zudem steht er in einem Konkurrenzverhältnis zu den Anhänger*innen der christlichen Soziallehre innerhalb der Union.

Und die Wertkonservativen? Die Wertkonservativen sind die Wertkonservativen. Im Verständnis von Erhard Eppler sind sie nie wertkonservativ gewesen, da Werte wie die Bewahrung der Natur oder die Schaffung einer solidarischen Gesellschaft nie eine Hauptrolle in ihrem Denken und Handeln spielten. Wenn es denn tatsächlich so etwas wie einen politisch aktiven Wertkonservatismus geben sollte, dann hat dieser längst bei den Grünen seinen legitimen Platz gefunden.

Antworten auf die Krise(n)?

Es klang also gut, als die »WerteUnion« bei ihrer Gründung im März 2017 durch rund 70 Mitglieder der CDU in Schwetzingen mit ihrer Namensgebung signalisierte, dass der ominöse Wertekonservatis-

> Fakt ist: Niemand im konservativen Spektrum bezeichnet sich selbst als »strukturkonservativ« oder möchte so bezeichnet werden. Um das Adjektiv »wertkonservativ« hingegen herrscht ein reges Gedränge.

mus bei ihr ein Zuhause finden sollte. Das Ziel der Gruppe bestehe darin, »den Tendenzen der inhaltlichen Beliebigkeit einen frischen, konservativen Geist entgegenzusetzen«. Nichts anderes als der allgegenwärtige Krisendiskurs der (extremen) Rechten hatte den Anstoß zur Gründung gegeben. Folgerichtig heißt es in »Unsere Mission«: »Flüchtlingskrise, Eurokrise, Demographiekrise, Wirtschaftskrise, Pandemie: Für viele politische Herausforderungen bedarf es neuer Antworten – Antworten, die auf den Werten und Erfahrungen beruhen, welche sich in der Vergangenheit bereits bewährt haben.« Welche »Werte und Erfahrungen« das sind, wurde offengelassen. Ähnlich unverbindlich und inhaltsleer ging es in der Selbstdarstellung weiter: »Wir wollen moderne Gesellschaft durch zeitlose Werte gestalten, indem wir uns auf allen Ebenen der Politik zu Wort melden und ihre Richtung mitbestimmen.« Wer nach konkreten Forderungen suchte, wurde auf das »Konservative Manifest« verwiesen, das 2018 verabschiedete Grundsatzpapier der Gruppe.

Und wurde prompt enttäuscht. Vom versprochenen »Aufbruch« nichts. Stattdessen ein Sammelsurium altbekannter Forderungen aus der Mottenkiste der Unionspartei: Stärkung der Bundeswehr und des »Lebensschutzes«, christliches Menschenbild, ein »gesunder, weltoffener Patriotismus«, das Bekenntnis zur Marktwirtschaft… Und natürlich der Hinweis, dass sich die Gruppe als »Basisbewegung« innerhalb der CDU/CSU verstehe. Letztlich war dies nichts anderes als die Umschreibung des misslichen Umstands, dass es an bekannten, auch nur annähernd zugkräftigen Namen mangelte. Bereits bei der Gründung war absehbar, dass es sich um die organisatorische Zusammenführung einer kleinen Minderheitenposition innerhalb der Union handelte, die zwar auf Verbündete im Parlament (»Berliner Kreis«) zählen konnte, der es aber an der nötigen Wucht zur Herausbildung einer innerparteilichen pressure group fehlen würde. Es fehlte die Klasse, und es fehlte die Masse. Es gab keine Hinweise darauf, dass es dem neuen Anlauf zu einer Bündelung des rechten Flügels der Unionsparteien besser ergehen könnte als gescheiterten Vorläufern wie dem »Christlich-Konservativen Deutschland-Forum« – das längst Geschichte ist. Und vieles spricht dafür, dass auch die vor vier Jahren gegründete »WerteUnion« bald nur noch Geschichte sein wird. Alexander Mitsch war bis vor kurzem Vorsitzender des Vereins mit bis zu 4.000 Mitgliedern. Inzwischen ist er ausgetreten, nach der knappen Wahl von Max Otte zum Vorsitzenden. Jener Max Otte, der wenige Monate zuvor noch Kuratoriumsvorsitzender der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« gewesen war. Mochte auch eines der wenigen prominenteren Mitglieder, der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt, nachdrücklich mahnen: »Beschimpfungen wie die als ‹Krebsgeschwür› oder Verleumdungen wie die als ‹parteiinterne AfD› ertragen wir gelassen; wir wissen nämlich, dass sie falsch sind. Wir werden uns jedenfalls nicht von der CDU abspalten. Auch warnen wir alle Unzufriedenen in der CDU dringend davor, sich bei der Suche nach einem ‚Weg zwischen CDU und AfD‘ ins politische Abseits zu begeben.« Dies hielt allerdings den Exodus nicht auf.

Wie Mitsch verließen zahlreiche andere Mitglieder und Funktionäre den Verband, ganze Landesverbände wie der bayerische verließen die Bundesorganisation, Landesvorstände wie die von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin traten nahezu komplett zurück. Und das prominenteste Gesicht der Gruppe, der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans Georg Maaßen, erklärte öffentlich seine Mitgliedschaft für ruhend. Früher als ursprünglich zu erwarten gewesen wäre, ist also das eingetreten, was ohnehin zu prognostizieren war: Die politische Wirksamkeit der »WerteUnion« entwickelt sich rasant gegen Null. Wenn wir von ihr noch reden, dann tatsächlich nur noch wie über den berühmten toten Gaul: Jetzt ist er endgültig hin, er stinkt, er muss weg.

Peter Naumann ist tot

Wiesbaden. Der Rechtsterrorist Peter Naumann ist am 3. März 2021 gestorben. Politisch war Naumann zuletzt zwischen 2007 und 2008 als Berater für die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag tätig. Der 1952 geborene Naumann war seit 1970 in der NPD aktiv. Zuerst bei den »Jungen Nationaldemokraten«, dann beim »Nationalen Hochschulbund« und anschließend bei der NPD. Parallel zu seinen Aktivitäten in neonazistischen Organisationen galt Naumann als »Sprengstoffexperte«. Bereits 1974 hatte sich der Ingenieur mit einem selbstgebauten Sprengsatz an der rechten Hand schwer verletzt – ein Feuerwerker starb beim Versuch, einen der Sprengsätze zu entschärfen. 1979 verübte Naumann einen Sprengstoffanschlag auf Fernseh-Sendemasten, um die Ausstrahlung der Serie »Holocaust« zu verhindern. 1987 dann wurde er wegen dieses Anschlags sowie anderer versuchter und durchgeführter Anschläge zu einer Haftstrafe verurteilt. Im selben Jahr schloss ihn die NPD wegen terroristischer Aktivitäten aus. Nach seiner Haftentlassung wurde 1995 wieder Sprengstoff bei Naumann gefunden, der zu diesem Zeitpunkt bei Aufmärschen der NPD und der »Kameradschaftsszene« als Redner auftrat und mit dem Einzug der NPD 2004 in den Sächsischen Landtag in der dortigen Fraktion beschäftigt war.

Verurteilungen auf Mallorca

Palma de Mallorca. Am 17. Mai 2021 hat ein mallorquinisches Gericht die beiden Neonazis und Hooligans Robert F. und Johannes H. verurteilt. Die beiden Hooligans vom 1. FC Lok Leipzig hatten im Juni 2019 gemeinsam mit 70 anderen eine Diskothek besucht und dabei den 44-jährigen schwarzen Türsteher rassistisch beleidigt, angegriffen und ihn dabei so schwer verletzt, dass er seitdem linksseitig gelähmt ist. Laut der Mallorca Zeitung hat das Gericht die beiden Täter zu zwei Jahren Haft verurteilt, die auf fünf Jahre zur Bewährung ausgesetzt sind. Für diese fünf Jahre wurde auch ein Einreiseverbot auf die Balearen verhängt. Bei einer außergerichtlichen Einigung wurde die bereits getätigte Zahlung von 150.000 Euro Schmerzensgeld vereinbart. Damit blieb das Gericht weit unter der Forderung der Staatsanwaltschaft, die ursprünglich 13 Jahre Haft gefordert hatte.

Auto-Attacken

London / Ontario (Kanada). Bei einem gezielten Angriff mit einem Pick-Up hat am 8. Juni 2021 ein 20-Jähriger vier Mitglieder einer 2007 aus Pakistan eingewanderten muslimischen Familie getötet. Bei den Opfern handelt es sich laut Stadtverwaltung um zwei Frauen im Alter von 74 und 44 Jahren, einen 46-jährigen Mann und ein 15 Jahre altes Mädchen. Ein neunjähriger Junge überlebte den Angriff schwer verletzt. Laut Polizeisprecher Paul Waight seien die Ermittler*innen davon überzeugt, »dass diese Opfer angegriffen wurden, weil sie Muslime waren«. Der mutmaßliche Täter wurde sieben Kilometer vom Tatort entfernt auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums festgenommen, nachdem er einem Taxifahrer von der Tat erzählt und ihn aufgefordert hatte die Polizei zu rufen. Gegen den 20-Jährigen wird wegen vierfachen Mordes und Mordversuchs ermittelt.

Minneapolis / USA. Am 13. Juni 2021 wurde die 31-jährige Deona M. Knajdek bei der Teilnahme an einer Straßenblockade von einem Auto angefahren und getötet. Knajdek hatte zu diesem Zeitpunkt gemeinsam mit anderen gegen die Tötung des 32-jährigen Schwarzen Winston Boogie Smith bei seiner Festnahme durch US-Marshals protestiert. Über das Motiv des Fahrers gibt es noch keine Erkenntnisse. In der Vergangenheit hatte er mehrere Anzeigen wegen Fahrens unter Drogeneinfluss, allerdings hatte er, unmittelbar bevor er in die Protestierenden fuhr, sein Fahrzeug beschleunigt. Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Mordes erhoben.

Rechtsradikaler flüchtiger Soldat ist tot

Provinz Limburg / Belgien. Der 46-jährige belgische Soldat Jurgen Conings wird am 20. Juni 2021 nach einer vierwöchigen Flucht in Ostbelgien tot aufgefunden – während dieser hatten hunderte belgische Sicherheitskräfte aus Militär und Polizei nach ihm gefahndet. Conings hatte sich am 19. Mai 2021 unerlaubt vom Dienst entfernt und Abschiedsbriefe hinterlassen, in denen er staatlichen Institutionen und Einzelpersonen mit einem Anschlag droht. Offenbar war die belgische Politik zur Eindämmung der Corona-Pandemie Auslöser für sein Untertauchen. Dafür spricht die konkrete Bedrohung des belgischen Virologen Marc van Ranst, der mit seiner Familie zeitweise unter Polizeischutz stand. Der ausgebildete Scharfschütze Conings diente seit 1992 bei der belgischen Armee, nahm auch an mehreren Auslandseinsätzen teil. In 2020 wird bekannt, dass er Mitglied der extrem rechten Bewegung »Knights of Flanders« ist. Zwar wird eine Klage gegen ihn abgewiesen, aber trotz einer Disziplinarstrafe durch das Verteidigungsministerium darf er beim Militär bleiben. Daran ändert auch seine Einstufung als ein »potenziell gewalttätiger Extremist« durch die belgische Anti-Terror-Behörde OCAM nichts. Vor seinem Untertauchen hatte sich Conings, der nach wie vor unbeschränkten Zugang zu Munitions- und Waffendepots hatte, mit ebendiesen versorgt.

Während seiner Flucht kam es vor allem im Internet – aber auch auf Kundgebungen – zu Solidaritätsbekundungen aus dem rechtsradikalen Spektrum des »Vlaams Belang«. Conings ist kein Einzellfall im belgischen Militär. 2006 wurden Hausdurchsuchungen bei der Anfang der 2000er Jahre gegründeten Neonazi-Gruppe »Bloed – Bodem – Eer – Trouw« (»Blut – Boden – Ehre – Treue«, BBET) durchgeführt. Unter den damals 17 in Gewahrsam Genommenen waren elf Soldaten. In dem 2011 begonnenen Prozess wurde 2014 das Urteil gesprochen. Es wurden Freisprüche, Bewährungs- und Haftstrafen ausgesprochen und der hauptangeklagte Berufssoldat Tomas Boutens zum Beispiel zu einer fünfjährigen Haftstrafe – davon zwei auf Bewährung – verurteilt. Ein Teil der angeklagten beziehungsweise verurteilten Soldaten konnten ihren Dienst in der Armee fortsetzen.

Jürgen Liminski gestorben

Bonn. Am 11. Juni 2021 ist der Redakteur und Journalist Jürgen Liminski im Alter von 71 Jahren verstorben. Neben seiner Tätigkeit für den Deutschlandfunk war der katholische Fundamentalist auch Mitarbeiter für Printmedien wie die »Katholische Sonntagszeitung für Deutschland«, »Die Tagespost« und die »Preußische Allgemeine Zeitung«. Aber auch zu dem Aushängeschild der »Neuen Rechten« – der Wochenzeitung »Junge Freiheit« – pflegte Liminski ein kollegiales Verhältnis. Regelmäßig schrieb er Kommentare zum politischen Zeitgeschehen. Ging es um sein Lebensthema »Familienpolitik«, hatte Liminski auch bei der extremen Rechten keine Berührungsängste. Anfang Dezember 2005 referierte er bei den »23. Bogenhausener Gesprächen« der »Burschenschaft Danubia München« unter dem Motto »Droht der Volkstod? Zur demographischen Lage der Deutschen«. Als Geschäftsführer des »Instituts für Demographie, Allgemeinwohl und Familie e. V.« konnte er seine Botschaft bei »Symposien, Kolloquien und an der publizistischen Debatte« verbreiten. Populärstes Mitglied der Großfamilie Liminski – das Ehepaar Jürgen und Martine hatten zehn Kinder – dürfte der 1985 geborene Nathanael Liminski sein. Seit dem 27. Juni 2017 ist Nathanael Liminski Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen. Mittlerweile gilt der wertkonservative katholische Liminski als wichtigster Vertrauter und Stratege des CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet.

Polizei: »Einzelfälle« und deren Summe

Laut einer Anfrage der Welt am Sonntag wird mit Stand Juni 2021 gegen mindestens 272 Polizist*innen wegen rechter Straftaten ermittelt, die Zahl der Verfahren liegt bei über 400.

Frankfurt / Hessen. Der hessische Innenminister Peter Beuth hat am 10. Juni 2021 die Auflösung und Neustrukturierung des Frankfurter Spezialeinsatzkommandos (SEK) bekannt gegeben. Ausgelöst wurden die Ermittlungen durch einen Verdacht auf Kinderpornografie bei einem SEK-Mitglied, es wurden Mobiltelefone und Rechner beschlagnahmt. Im Verlauf der weiteren Ermittlungen stieß die Polizei auf andere Chats. Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gab bekannt, dass »einige möglicherweise auch strafbewehrte Text- oder Bildnachrichten in den Chats den Verdacht einer rechtsextremen Gesinnung einiger Mitglieder des SEK Frankfurt nahe (legen)«. Gegen 18 Beamte des SEK Frankfurt wird jetzt ermittelt, gleichzeitig wurde das Verbot des Führens der Dienstgeschäfte ausgesprochen.

Freiburg / Baden-Württemberg. Am Samstag, dem 12. Juni 2021, wurde ein 36-jähriger Lette zeitweise von einem Dutzend Männer über mindestens eine halbe Stunde lang rassistisch beleidigt, mit dem Tode bedroht, körperlich angegangen und durch die Straßen gejagt. Retten konnte er sich erst, als er in einer Tankstelle Zuflucht fand. Wie sich später herausstellte, befanden sich zwei Polizisten unter den Angreifern.

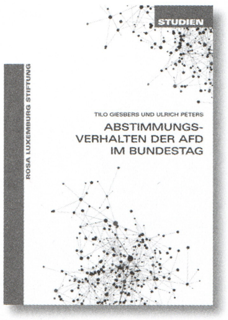
Alsfeld / Hessen. Am 29. Juni 2021 hat das Amtsgericht Alsfeld einen Polizeibeamten wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und gegen das Sprengstoffgesetz zu einer Haftstrafe von einem Jahr und zwei Monaten – diese wurde für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt – und einer Geldstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Bei dem parallel laufenden Verfahren wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und Volksverhetzung in Chatgruppen wurde er freigesprochen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden NS-Devotionalien gefunden und beschlagnahmt.

»Grauer Wolf« mordet

Izmir / Türkei. Am 17. Juni 2021 wurde Deniz Poyraz, eine Mitarbeiterin der prokurdischen und oppositionellen Halkların Demokratik Partisi (Demokratische Partei der Völker, HDP) von einem türkischen Faschisten in der Parteizentrale in Izmir ermordet. Der schwerbewaffnete Mann drang in das von der Polizei bewachte Parteibüro ein und tötete Deniz Poyraz. Ob der Täter die für diesen Tag ursprünglich geplante – und kurzfristig abgesagte – Parteiversammlung im Visier hatte, ist noch nicht geklärt. Nach der Tat veröffentlichte der geständige Mörder ein Foto des Opfers mit dem Zusatz: »Leiche 1«. In den sozialen Netzwerken fanden sich Fotos, wie der Mann die Hand zum sogenannten »Wolfsgruß« hebt, dem Erkennungszeichen der rechtsradikalen »Grauen Wölfe«. Diese Gruppe ist ein integraler Bestandteil des politischen Netzwerks der ultranationalistischen »Milliyetçi Hareket Partisi« (»Partei der Nationalistischen Bewegung«, MHP). Die MHP ist Regierungspartnerin von Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Gleichzeitig läuft in der Türkei ein Verbotsantrag des türkischen Verfassungsgerichts gegen die HDP. In Deutschland haben die »Grauen Wölfe« (»Bozkurtlar/Bozkurtçular«) schätzungsweise 18.000 Mitglieder – damit sind sie die größte faschistische Organisation in Deutschland. CDU, SPD, FDP und Die Grünen hatten im November 2020 die Bundesregierung aufgefordert, ein Verbot der »Grauen Wölfe« zu prüfen. In Frankreich ist der Verein seit November 2020 verboten.

Toter Rom in Tschechien

Teplice / Tschechien. Bei einem Polizeieinsatz am 19. Juni 2021 in der tschechischen Stadt Teplice ist ein junger Angehöriger der diskriminierten Roma-Minderheit ums Leben gekommen. Ein Video dokumentiert den Einsatz, bei dem der Mann auf offener Straße stirbt. Zeitweise sitzen die Polizisten zu dritt auf dem Mann. Einer der Beamten kniet insgesamt sechs Minuten lang auf dem Genick und Hals des kurz darauf verstorbenen Mannes. Der Fall weist frappierende Parallelen zum Fall George Floyd in den USA auf. Die Polizei bestreitet jegliches Fehlverhalten, in einer Pressemitteilung der örtlichen Behörden heißt es, die gerichtsmedizinische Obduktion des Verstorbenen schließe einen Zusammenhang mit der »Operation vor der Festnahme des Tatverdächtigen« aus. Auch hatte die Polizei darum gebeten, dass »solange dieser Vorfall untersucht wird«, Zeug*innen keinen Kontakt zu Medien suchen sollten.


STUDIEN
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
TILO GIESBERS UND ULRICH PETERS
ABSTIMMUNGS-VERHALTEN DER AFD IM BUNDESTAG

Abstimmungsverhalten der AfD

von Paul Wellsow

Die Selbstinszenierung der rechtsradikalen »Alternative für Deutschland« (AfD) ist eindeutig: gegen »die Altparteien« und gegen »die Etablierten«. Dieses Framing wird in den Medien und öffentlichen Debatten übernommen – es hat sich in den Köpfen festgesetzt. Die AfD sei die wahre Opposition – auf der Straße und in den Parlamenten. So gelang es ihr, Themen zu setzen und Debatten zu bestimmen. Dabei scheint es den Wähler*innen egal zu sein, ob die Partei und ihre Vertreter*innen lügen und ihre politische Praxis im Parlament weit entfernt von ihren Behauptungen ist.

Für die Studie »Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag« haben Tilo Giesbers und Ulrich Peters die Arbeit der AfD in vier Bundestagsausschüssen und zu für die Partei zentralen Themen ausgewertet. Das Ergebnis ist eindeutig: »Das Agieren der AfD im Bundestag zeichnet sich nicht durch die oft behauptete Fundamentalopposition aus.« Es zeige sich vielmehr eine »häufige Zustimmung zu Inhalten und Anliegen anderer Parteien«. Ihr Verhalten sei von »parlamentarischem Pragmatismus« geprägt. Trotz der »aggressiven Rhetorik gegen die Bundesregierung und insbesondere Kanzlerin Angela Merkel« gebe es in den Ausschüssen »die höchsten Zustimmungswerte der AfD bei Anträgen, die von dieser Bundesregierung beziehungsweise den sie tragenden Fraktionen CDU/CSU und SPD (…) eingebracht werden. Die größten inhaltlichen Übereinstimmungen gibt es hingegen mit Positionen der FDP«. Während andere Oppositionsfraktionen eigene Anträge einbrächten, »hielt sich die AfD-Fraktion (…) mit solchen Initiativen zurück. Ihr reicht es häufig aus, lediglich öffentlichkeitswirksam zu polemisieren oder zu kritisieren«. Obwohl Abgeordnete anderer Parteien in Parlamentsdebatten, Journalist*innen in Artikeln und Wissenschaftler*innen in ihren Forschungen immer wieder auf das teils drastische Auseinanderklaffen von Schein und Sein der rechtsradikalen Partei hinweisen – gerade in den sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen – führt die argumentative Konfrontation mit der Wirklichkeit bisher nicht zu massiven Verlusten der Partei in Umfragen und bei Wahlen. Die vorliegende Studie liefert nun weitere Fakten und Einschätzungen für die Analyse und die Auseinandersetzung mit der AfD.

Tilo Giesbers / Ulrich Peters: Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2020, 22 Seiten, kostenfreier Download unter www.rosalux.org.

HEIKE KLEFFNER / MATTHIAS MEISNER (HG.)
FEHLENDER MINDEST-ABSTAND
DIE CORONAKRISE UND DIE NETZWERKE DER DEMOKRATIEFEINDE
HERDER

Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde

von Kai Budler

Mit Abklingen der Pandemie ist die sich zunehmend radikalisierende Coronaleugner*innen-Bewegung auf dem absteigenden Ast. Warum also jetzt noch zu einem Buch greifen, das sich auf rund 350 Seiten mit genau diesem Subjekt beschäftigt? Dafür gibt es viele gute Gründe, denn »Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde« ist zu diesem Thema ohne Frage zum Standardwerk auf dem Buchmarkt geworden. Mehr als 40 Autor*innen beschäftigen sich in dem Sammelband mit den einhergehenden Themen wie Antisemitismus und Verschwörungserzählungen, Desinformationen und Rassismus in der Bewegung. »Wir fürchten, die permanenten Grenzüberschreitungen beschädigen einen demokratischen Diskurs, normalisieren Menschenverachtung und Hass und werden durchlässig in Richtung eines neuen Terrorismus«, skizzieren die Herausgeber*innen die Intention des Buches. Untermauert wird diese Einschätzung mit kenntnisreichen und kompakten Analysen, Texten und Interviews, an denen auch zahlreiche drr-Autor*innen beteiligt sind. In fünf thematische Blöcke unterteilt geht es um die Ursprünge der Bewegung, ihre Ideologie, ihre Netzwerke, die Betroffenen von Hass und Hetze sowie die gesellschaftliche Zusammensetzung der Coronaleugner*innen-Szene und die Gegenstrategien von Staat und Zivilgesellschaft. Der Wert des Buches erwächst vor allem durch die Verschränkungen der einzelnen Texte, die sich sehr gut ergänzen. Sie werden mit dem Abklingen der Pandemie höchst aktuell bleiben, wie auch der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, in seinem Geleitwort mahnt: »Dennoch gilt es, wachsam zu bleiben. Die Feinde der Demokratie finden immer neue und perfide Wege, um ihre Ideologie zu verbreiten (…) Um das zu durchschauen, braucht es viel Aufklärung. Die Netzwerke der Rechten müssen sichtbar, ihre Methoden aufgedeckt werden.« Daran wird das Buch auch künftig einen großen Anteil haben.

Heike Kleffner / Matthias Meisner (Hg): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde. Freiburg 2021. Herder Verlag, 352 Seiten, 22 Euro.

ANDREAS SPEIT
VERQUERES DENKEN
Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus
CH. LINKS VERLAG

Verqueres Denken

von Margarete Schlüter

Inwiefern sind alternative Milieus anschlussfähig für verschwörungstheoretisches, antimodernes und rechtes Denken und Handeln? Manch eine*r mag aus einem Abwehrreflex heraus diese Frage empört abblocken, weil man sich selbst als Teil jener gesellschaftlichen Gruppen sieht. Es sind aber eben auch diese, die auf den Querdenken-Veranstaltungen der letzten anderthalb Jahre anzutreffen waren. In seinem neuen Buch »Verqueres Denken« macht Andreas Speit eine neue Lebensreformbewegung aus. »Sie sucht nach alternativen Wegen und geht sie auch: Nachhaltigkeit, recyceln, aufarbeiten und sharen sind im Trend. Rad statt Auto, vegan statt Fleisch, Öko-Bekleidung statt Billigware, handgemacht statt industriell, regional und saisonal statt global und permanent, Ökostrom statt Atomstrom.« Diese ist wie die ersten zwei Lebensreformbewegungen im 19. und 20 Jahrhunderten eine »Gegen- und Suchbewegung«. Darüber hinaus eint diese drei Bewegungen auch, dass sie mitunter nach rechts offen sind.

So zeigt der Autor exemplarisch auf, dass bei der Kritik an den Corona-Maßnahmen, der Impfskepsis, der Suche nach alternativen Lebenskonzepten, der Hinwendung zur Alternativmedizin oder Spiritualität, dem Engagement für Tierrechte und den Naturschutz antihumanistische Argumentationen und antiemanzipatorische Ressentiments virulent sind. Darüber hinaus macht er im Kontext der Umweltschutzbewegung am Beispiel von Extinction Rebellion (XR) Deutschland deutlich, dass eine selbstkritische Haltung nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Die deutsche Sektion distanzierte sich 2019 öffentlich von den Holocaust verharmlosenden Aussagen, die einer der Begründer von XR tätigte. Dass sich als alternativ bezeichnende Strukturen per se über einen progressiven Charakter verfügen, ist ein Trugschluss. Ob unbewusst oder bewusst kommen hier mitunter unsolidarische und menschenfeindliche Ansichten zum Tragen, die in der gesamten Gesellschaft verankert sind. Eine Alternative zu dieser stellen sie mitnichten dar.

Dieses Buch bietet einen ersten kritischen Einblick in verschiedene alternative Milieus und fordert zur Selbstreflexion der eigenen Haltung auf.

Andreas Speit: Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus. Berlin 2021. Ch. Links Verlag, 240 Seiten, 18 Euro.

Anzeige

Ein Menschenleben ist unbezahlbar...
... Seenotrettung nicht!
Sea-Watch
HILF UNS, LEBEN ZU RETTEN.
SPENDE FÜR SEA-WATCH!
sea-watch.org/spenden/
Sea-Watch.org

Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

Magazin von und für Antifaschist*innen

Twitter: @derrechterand
Facebook: facebook.com/derrechterand

www.der-rechte-rand.de

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 6, 7, 9, 11, 18, 23, 27, 30, 33, 40)
JWH / Wikipedia CC 3.0 Luxembourg (Seite 4)
Michael Natz (Seite 10)
Kai Budler (Seiten 12, 13)
Christian Ditsch (Seite 17)
Laurence Chaperon (Seite 20)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 1619-1404

STOPPT
DIE AfD

#derrechterand
das antifaschistische Magazin

*Wir verachten die AfD und wir bekämpfen Faschist*innen.*

Recherche. Analyse. Perspektive. gibt es beim #AntifaMagazin im Abo.